

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Wolf Oschlies*

# »Groß«-Staaten auf dem Balkan

Ursprünge, Formen und Folgen des ethnischen  
Imperialismus in Südosteuropa

S 30  
September 2002  
Berlin

**Nachweis in öffentlich  
zugänglichen Datenbanken  
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2002

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

# Inhalt

**Problemstellung und Empfehlungen** 5

**Einführung** 7

**Balkanische Groß-Projekte und europäische Werte** 8

**Südosteuropa zwischen integraler Größe und  
fragmentierten Groß-Projekten** 10

**Balkanische Groß-Projekte** 12

(Groß-)Albanien als nationsbildendes Surrogat und  
regionale Bedrohung 12

(Groß-)Bulgarien als plebiszitäre Fata Morgana 15

(Groß-)Griechenland als byzantinische Verwirrung 17

(Groß-)Kroatien als Herrenvolk-Projektion 19

(Groß-)Montenegro als staatliches Zufallsprodukt 21

(Groß-)Rumänien als nationalistische Irrealität 22

(Groß-)Serbien als Verlierer-Option 24

(Groß-)Ungarn als nationalistische

Selbstschädigung 26

**Resümee und Ausblick oder: Empfehlungen für**

**»Badinter II«** 29

**Abkürzungen** 32



**»Groß«-Staaten auf dem Balkan  
Ursprünge, Formen und Folgen des ethnischen  
Imperialismus in Südosteuropa**

»Groß-Albanien«, »Groß-Serbien« etc. sind programmatische Losungen für grenzverändernde Pläne und Projekte, die im postkommunistischen Südosteuropa nach jahrzehntelanger Pause erneut als mögliche Lösungen für akute politische Probleme diskutiert und propagiert werden. Die Intensität der Debatten spiegelt sich in der publizistischen und wissenschaftlichen Rezeption dieser Groß(staaten)-Projekte durch westliche Medien wider. In dem Chor aus primären Initiativen und sekundärer Resonanz fehlt indessen die wichtigste Stimme, die der politischen Akteure der internationalen Gemeinschaft. Sie schauen gewissermaßen indigniert zur Seite, wenn die kosovo-albanische UÇK den Umfang des von ihr geplanten Groß-Albanien bereits in ihrem Emblem zeigt, wenn in Rumänien und Serbien extremistische Parteien »große« Territorial-Aspirationen schon im Namen ausweisen, wenn in Kroatien die Tudjman-Bewegung HDZ unverändert für einen »Anschluß« großer Teile Bosniens wirkt, wenn in Ungarn Staatsbürger-Gesetze und Wahlprogramme kaum verhüllt auf eine Wiederherstellung des »Reichs der Heiligen Stefanskrone« abzielen und ähnliches mehr. Derartige Umtriebe werden, wenn überhaupt, von den Repräsentanten von OSZE, NATO, UN und EU als legitime Inanspruchnahme des Rechts auf freie Meinungsäußerung vermerkt. Dabei weiß man von Brüssel bis Washington um die Gefährlichkeit balkanischer Groß-Projekte – die allein um den Preis von Grenzänderungen, Kriegen, ethnischen Säuberungen etc. realisiert werden könnten.

Die immanente Militanz von Groß-Projekten tarnt sich mit einer moderaten, »politisch korrekten« Sprache, was ihre Analyse und die politische Wertung ihrer Gefährlichkeit erschwert. Diese Brisanz sollte man sich mittels einer assoziativen Anleihe bei der Makro-Seismik vergegenwärtigen: Wie es aktive und ruhende Vulkane, Erdbeben und seismische Risikozonen gibt, so findet man aktive Großstaaten-Projekte (Groß-Kosovo), ruhende (Groß-Serbien), eine »bebende« Unruhe (angesichts einer realen oder potentiellen Bedrohung durch Groß-Projekte) etc., was sich alles in einer notorischen Bebenzone lokalisiert – dem Balkan.

Sogar die tektonischen Plattenverschiebungen, die großflächige Beben auslösen, sind paradigmatisch auszumachen: Die langwährende politische Fremdbestimmung der Region erschwerte die Bildung von Identitäten, Nationen und Staaten – die Multiethnizität Südosteuropas verhindert klare Territorialbegrenzungen, die dennoch unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht erhoben und mit mystisch-historischen Besitzansprüchen begründet werden. Hinzu kommt, daß die regionale Gefährlichkeit sich durch Verbindungen mit weltweiten Bebenzonen (von religiösem Fundamentalismus bis zu organisiertem Verbrechen) potenziert.

Diesem Prozeß Grenzen zu setzen/gegenzusteuern, ist die internationale Gemeinschaft gefordert. Der erfolgversprechende Ansatz für eine lokale und internationale Strategie gegen Groß-Projekte ist in einer Rede enthalten, die die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright am 19. Februar 2000 in Tirana hielt. Sie warnte Albanien vor »expansionistischen Aspirationen« und führte weiter aus, daß »große« Ideen und Projekte, in nahezu allen Balkanländern anzutreffen, unabhängig von regionalem Kontext und politischer Stilisierung für die internationale Gemeinschaft inakzeptabel seien, denn sie führten direkt zu Krieg und Gewalt.

Groß-Projekte müssen bekämpft werden – als potentielle Kriegsdrohung, als diametrale Gegenposition zur europäischen Sicherheitsarchitektur, als Billigung von Gewalt. Ihre Verfechter müssen isoliert werden – durch verbesserten Grenzschutz (da die Projekte vor allem auf eine Änderung von Grenzen abzielen), durch effizienteren Zoll (der die Finanzierung der Projekte durch Schmuggel unterbindet), durch eine wirksamere Justiz (zur Verteidigung von Menschen- und Minderheitsrechten und zur Förderung des allgemeinen Rechtsbewußtseins), durch vermehrte Bemühungen um politische und kulturelle Aufklärung (um die obsolete Mystik der Groß-Projekte zu entlarven), durch deutlichere Distanz des Staates zur Kirche (die mitunter zu dieser Mystik viel beitrug). Sollten staatliche und andere Führungen zu entsprechenden Maßnahmen nicht bereit sein, müssen sie durch direkten politischen und ökonomischen Druck (der die internationale Ablehnung von Groß-Projekten verkörpert) zum Einlenken gezwungen werden.

Auch das beste Schutz- und Aufklärungsprogramm kann nur ein Anfang sein, der durch komplementäre Maßnahmen zu erweitern ist. Diese müssen vor allem im interethnischen Bereich greifen, da die extensive und historisch gewachsene Multiethnizität des

Balkans zugleich potentielle Konfliktpunkte für Groß-Projekte wie auch reale Ansatzpunkte für deren Überwindung bietet. Konkret: Wenn Nachbarstaaten einträglich kooperieren, kommen keine Begehrlichkeiten nach Gebieten auf, die irgendwann einmal den Besitzer gewechselt haben. Wenn jeder Staat einen vernünftigen Minderheitenschutz nach europäischen Normen, praktiziert, beseitigt er die Möglichkeit, daß eine ethnische Diaspora von außen her fremdbestimmt und als Fünfte Kolonne für Groß-Projekte instrumentalisiert wird. Ein nach den Prinzipien regionaler Autonomie organisierter Staat wird administrative Machtteilung und partizipative Demokratie zu so alltäglichen Erfahrungen machen, daß keine Absicht aufkommt, die dabei unvermeidlichen Schwierigkeiten etwa in einem Groß-Reich ins Unendliche zu vermehren.

# Einführung

Osteuropäische, speziell balkanische Großstaaten-Projekte erinnern »an die ungebrochene Tradition des Kleinstaaten-Imperialismus, an die gegeneinander gerichteten Nationalismen und die bis heute erschreckende Wirksamkeit der über Generationen gepflegten Vorurteile und Feindbilder«<sup>1</sup>; sie sind das Produkt von realem und aggressivem Nationalismus und mythologisierender Historiographie.<sup>2</sup> Man hört so oft, der Balkan produziere ein Übermaß an Geschichte, aber das Diktum sollte eher umgekehrt lauten: Auf dem Balkan wurde Geschichte gemacht, ohne daß die Region auf diesen Prozeß einen größeren Einfluß ausübte. Im 19. Jahrhundert war der Balkan Schauplatz von Großmacht-Manövern und -Rivalitäten, die auf die lokalen Einwohner keine Rücksicht nahmen. Der Berliner Vertrag vom Juli 1878 änderte Grenzen und teilte Länder, was in keinem Fall den Interessen der direkt Betroffenen entsprach. Diese vergrößerten später den Schaden noch, indem sie in einer Art »ideologischer Kontaminierung« das Beispiel der Großmächte nachzuahmen suchten, wobei Historiker die Rolle von Wortführern der jeweiligen Tribalismen übernahmen. Das führte umgehend zu verschiedenen Großstaaten-Projekten, die als mythologische Konstruktionen begonnen und als ethnokonfessionelle politische Projekte propagiert wurden – zum Beispiel mit den Thesen von Bosnien als »serbischem Land« bzw. als »historischem Teil des kroatischen Staates und ethnischen Raums« –, die zuletzt in den jüngsten Kriegen realisiert werden sollten. Historische Konflikte wiederholen sich ständig, weil der Balkan nicht dazu kommt, seine lokalen Spezifika in regionaler Verbundenheit zu akzentuieren und so in den »mainstream« Europas einzubringen.

Seit dem Zusammenbruch von Hitlers territorialem Konstrukt »Groß-Deutschland« hat es in Europa keinen Versuch mehr gegeben, einen Groß-Staat zu schaffen. Die politisch-praktische Irrelevanz einer obsoleten Staatskonstruktion kontrastiert indessen mit

periodisch auftretenden »Wellen« entsprechender Visionen und Deklarationen, Pläne und Konzeptionen: Mediatisierung statt Realisierung von Groß-Projekten. Daß diese vorwiegend in ethnischen Mischgebieten und politischen Spannungszonen wie dem Balkan anzutreffen sind – »Groß-Serbien«, »Groß-Kroatien«, »Groß-Albanien«, »Groß-Kosovo« –, muß nicht verwundern. Die erste Erklärung dafür steht in Lehrbüchern der Psychoanalyse: Unterdrückte übernehmen, sobald sie es können, die Repressionsmethoden und den aggressiven Sprachgestus ihrer Unterdrücker, und Streßopfer entwickeln nach geraumer Zeit Aversionen gegen ihre Therapeuten. Hinzu kommt, daß sich gerade vor dem Hintergrund regionaler, ethnischer und historischer Gegebenheiten, allen voran die verzögerte Nationenbildung der Südosteuropäer,<sup>3</sup> wesentliche Grundkriterien derartiger Groß-Projekte enthüllen – »alle Angehörigen ihrer Ethnie in einem einzigen, arrondierten, möglichst »reinen« Nationalstaat zu vereinigen«, wobei sich wechselseitig ausschließende Konkurrenzansprüche und Rivalitäten unter Staaten nur als Objekte kriegerischer Planung berücksichtigt werden.<sup>4</sup>

1 Paul Lendvai, Zwischen Hoffnung und Ernüchterung – Reflexionen über den Wandel in Osteuropa, Wien 1994, S. 116.

2 Dazu und zum folgenden Dubravko Lovrenović (Interview), Historičari su sumnjiva lica [Historiker sind zweifelhafte Leute], in: Feral Tribune (Split), 3.3.2001, S. 36–37.

3 François Fejtő, Das zweiköpfige Ungeheuer – Die ideologischen Quellen der »ethnischen Säuberung« auf dem Balkan, in: Transit, (1994) 7, S. 77–86.

4 Rafael Biermann, Die »Albanische Frage« auf dem Balkan, in: SOE-Monitor, (2001) 4, S. 1–2.

## Balkanische Groß-Projekte und europäische Werte

Ganz unverkennbar war die internationale Gemeinschaft überrascht von der in Vorzeiten wurzelnden Natur der regionalen Konzeptionen und von der herostratischen Entschlossenheit, sie um jeden Preis durchzusetzen. Das lag zum großen Teil auch an der Fülle der legitimatorischen Argumente in variierender Anpassung des Ausdrucks und der Formulierung:

- Das aktuell angestrebte »Groß-Reich« wurde als rechtmäßige Restituierung historischer Besitztümer ausgewiesen – ohne daran zu denken, daß ein historisches Reich mit einem modernen Staat allein geographische Gemeinsamkeiten aufweist, aber keine strukturellen Übereinstimmungen/ Isometrien: Ausgangspunkt aller neuzeitlichen Staatskonzepte, wie immer sie im Detail auch gebildet sein mögen, ist stets der Mensch, während der mittelalterliche Staat sich (bei Christen wie Muslimen) als die weltliche Ausprägung (neben der kirchlichen) von Gottes Herrschaft über die ganze Welt verstand.<sup>5</sup>
- Die Tatsache, daß ein Groß-Reich nur auf dem Wege eines ethnischen Verdrängungskampfs erreicht werden kann, wurde durch die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verschleiert. In der Mehrheit der Fälle sind Postulate, die nach dem 19. Jahrhundert auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts erhoben wurden, sezessionistische Vorübungen für eine spätere »Wiedervereinigung« im Groß-Reich.
- Jedes Groß-Reich könnte gegenwärtig allein durch militärische Veränderung der Prinzipien europäischer Sicherheitsarchitektur seit Helsinki 1975 realisiert werden, also durch einseitige und kriegsgerichtete Beseitigung bestehender Grenzen. Dieser Zwangsläufigkeit wird mit demagogischer Beschwörung der Finalität eigener Unternehmungen begegnet: »Fremdes wollen wir nicht, Eigenes geben wir nicht her.«
- Die nach außen gerichteten Beschwichtigungen prolongieren sich in internen Appellen, die die Geographie gewissermaßen als Element zur Verstärkung ethnischer Binnenkohäsion instrumenta-

5 J. C. *Bluntschli*, Über den Unterschied der mittelalterlichen und der modernen Staatsidee, München 1855.

lisieren: Keinen »Fußbreit« des eigenen Bodens werde man hergeben, denn in ihm ruhten die »Gebeine unserer Märtyrer«, etc.

- Erste Indizien potentieller Groß-Konzepte sind gewaltsame ethnische Säuberungen, die apologetisch als Inanspruchnahme grundlegender Rechte (»eigener Herr auf eigenem Grund sein«) und Wiedergutmachung historischen Unrechts (»Kolonisten ausweisen«) legitimiert werden.
- Die Berufung auf das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« bedingt, daß die nicht zum eigenen Volk gehörigen Ethnika stigmatisiert (z.B. als »slawische Untermenschen«) oder als historisch fehlgeleitete Apostaten für das eigene Ethnikum reklamiert werden (z.B. die Makedonen in Griechenland als »slawophone Hellenen«).
- Groß-Projekte eignen sich besonders zu nationalistischen Appellen an eine ethnische Diaspora. Deren Angehörige fühlen sich durch sie schon dadurch angesprochen, daß sie in der »Fremde« leben, und der Appell selber läßt sich optimal als Aufruf zur Verbundenheit mit Heimatland und eigenem Volk tarnen.
- Zur internationalen Propagierung und Legitimierung aktivieren Groß-Projekte sozusagen das historische schlechte Gewissen der Staatengemeinschaft: Als zum Beispiel nach 1989 die Kosovo-Albaner offen auf die Sezession von Serbien zusteuerten (als ersten Schritt zur späteren Bildung eines Groß-Albanien), da deklarierten sie ihr Ziel als »Entkolonialisierung«, die mit »Ghandi-Methoden« verfolgt werde.<sup>6</sup>

Gerade im multiethnischen Balkan mit seinen schwer überschaubaren Diffusions- und Assimilationsphänomenen ist der Umgang mit eigenen und fremden Volksgruppen von verwirrender Vielfalt.<sup>7</sup> Um das künftige Groß-Reich zu erlangen, erstrebten die Völker eine Vergrößerung der eigenen Zahl durch Vereinnahmung anderer Volksgruppen samt deren Siedlungsgebiet. Das geschah (wie noch detailliert zu

6 Shqëlzen *Maliqi*, Albansko Gandhijevstvo na Kosovu [Albanisches Ghanditum im Kosovo], Klagenfurt/Salzburg 1993, S. 44ff.

7 Edgar *Hösch*, Kulturgrenzen in Südosteuropa, in: Südosteuropa, (1998) 12, S. 601–623.



zeigen sein wird) bei den Bulgaren durch plebiszitären Anschluß an die eigene Nationalkirche, bei den Serben durch Sammlung der Diaspora-Serben, bei den Kroaten durch »Umwidmung« fremder zu eigenen Volksgruppen, bei den Albanern durch Vertreibung oder »ethnische Säuberung«.

Groß-Projekte sind in jedem Stadium, von der ersten gedanklichen Annäherung an sie über ihre Propagierung bis zur realen Umsetzung, in mehrfacher Hinsicht eine Flucht. Man flieht vor den simpelsten Verpflichtungen, aus denen jeder Staat seine augenfälligste Legitimation bezieht, nämlich eine Leistungs- und Versorgungsgesellschaft zu schaffen, zu ordnen und weiterzuentwickeln. Man flieht weiterhin vor staatlichen Zielnormen wie der, eine langfristige Daseinsvorsorge auch für kommende Generationen zu planen, also die eigene Verantwortungsethik zu konkretisieren. Und man flieht schließlich vor den Grundprinzipien der Demokratie, allen Bürgern Gleichheit und Freiheit zu garantieren. Freiheit ist das ganz konkrete Freisein von Zwängen, besonders das Freisein von leidvoll erfahrener oder zu erfahrender Fremdbestimmung. Indem sie diese drei Staatsaufgaben negieren, erweisen Groß-Projekte ihre grundsätzliche, unausweichliche Gefährlichkeit. In jedem Fall ist es dringend notwendig, das Problem der Groß-Projekte als gewichtigen potentiellen oder realen Störfaktor zu erkennen und ihm entgegenzuwirken. Solange das unterbleibt, werden die Projekte weiter propagiert, in Angriff genommen oder gar als Lösung für aktuelle Konflikte vorgeschlagen.

## Südosteuropa zwischen integraler Größe und fragmentierten Groß-Projekten

Jahrhundertlang hatten die südosteuropäischen Slawen in der Sehnsucht des »Jugoslawismus« gelebt,<sup>8</sup> also mit dem Wunsch, ihre ethnische, kulturelle und (weitgehende) sprachliche Einheit in einen gemeinsamen Staat einzubringen.<sup>9</sup> In diesem Streben fanden sie zu allen Zeiten Unterstützung bei den größten Geistern des Auslands – Leopold (von) Ranke betonte ihre ethnische Einheit,<sup>10</sup> die Gebrüder Grimm die sprachliche,<sup>11</sup> der britische Historiker R.W. Seton-Watson ihre »jugoslawische« Gemeinsamkeit,<sup>12</sup> der deutsche SPD-Reichstagsabgeordnete Hermann Wendel (1884–1936), der gewiß beste Balkan-Kenner, den Westeuropa jemals besaß, fand keine Unterschiede zwischen Südslawen und Deutschen: »Serben, Kroaten und Slowenen sind ein Volk. [...] wenn die Jugoslawen kein Volk sind, dann sind die Deutschen auch keins.«<sup>13</sup>

Der gemeinsame Staat der Südslawen (ohne Bulgaren) entstand Ende 1918 als »Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen« (SHS) unter so hoffnungsvollen Auspizien, daß Robert W. Seton-Watson noch 1929 ein optimistisches Urteil abgab: Alle neuen Staaten, die nach dem Krieg entstanden, würden politische, ökonomische und ethnische Probleme in Fülle haben, aber keiner böte »größere Entwicklungsmöglichkeiten als Jugoslawien, das offiziell unter dem sperrigen Namen eines Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen bekannt ist.«<sup>14</sup>

8 Ferdo Šišić, Biskup Štrosmajer i južnoslovenska misao [Bischof S. und die jugoslawische Idee], Belgrad 1922 (Srpska književna zadruga, Nr. 162).

9 Alexius Ušeničnik, Um die Jugoslawija – Eine Apologie, Laibach 1918.

10 Leopold Ranke, Die serbische Revolution – Aus serbischen Papieren und Mittheilungen, Hamburg 1829, S. 9.

11 Detailliert dazu Vera Bojić, Jacob Grimm und Vuk Karadžić – Ein Vergleich ihrer Sprachauffassungen und ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der serbischen Grammatik, München: Sagner, 1977 (Slavistische Beiträge, Bd. 106).

12 Robert W. Seton-Watson, Die südslawische Frage im Habsburger Reiche, Berlin 1913, S. 136ff.

13 Herman Vendel, O Jugoslaviji, Italiji, Albaniji i Nemačkoj [Über Jugoslawien, Italien, Albanien und Deutschland], Belgrad 1921, S. 7, 15.

14 Robert W. Seton-Watson, Yugoslavia and Its Problems – An Historical Retrospect, in: The Financial Times, 18.4.1929.

Die neuen Staaten, bei Kriegsende als Bruchstücke des Habsburger oder Russischen Imperiums entstanden, waren von heterogener Natur:<sup>15</sup> *restituierte Staaten* (Polen, Tschechoslowakei), *minimalisierte Staaten* (Ungarn), *integrale Großstaaten* (Rumänien), *wiederhergestellte/redressierte Staaten* (Bulgarien), *affirmierte Staaten* (Albanien) und *zentralistische Staatenbünde* (Jugoslawien). Sie alle waren ethnisch inhomogen, ökonomisch schwach, landwirtschaftlich geprägt und politisch ungesichert.<sup>16</sup> Die strukturellen Schwächen begünstigten im Inneren ethnische Konflikte, die von außen her durch revisionistische Aspirationen verstärkt wurden. Diese brisante Entwicklung führte per se noch nicht zu einem Krieg. Der Krieg wurde im Frühjahr 1941 von den verbündeten Diktatoren Hitler und Mussolini auf den Balkan getragen, wo er die bekannten Veränderungen auslöste: Zerschlagung Jugoslawiens, Entstehung des unabhängigen Staates Kroatien, revisionistische Dauerkonflikte zwischen den »Verbündeten« Rumänien und Ungarn, Komplizenschaft Bulgariens um Makedonien, etc. Sieger war letztendlich der jugoslawische Partisanenführer Tito, der fest überzeugt war, das leidvolle Kriegerleben werde die südslawische Einheit auf die solide Basis eines »Partisanen-Jugoslawismus« stellen.<sup>17</sup> Die Absicht war gut, die Realisierung katastrophal schlecht. Der Grundfehler lag im Konstruktionsprinzip der intendierten Föderation, die gewissermaßen nach dem Prinzip »Ein Volk – Eine Republik« gebildet wurde. Die zeitweilig in der Schweiz lebende und arbeitende serbische Soziologin Lidija Basta-Posavec hat das Problem intensiv untersucht und die zwei verderblichen Folgen von Titos Staatsgründung dargestellt:<sup>18</sup> Wer Ethnizität hoch über Demokratie stellt, begünstigt nationalistische Eliten, die ihre Machtposition

15 Der wirtschaftliche Aufbau der neuen Südoststaaten, in: Ueberseedienst (Berlin), 4.11.1920.

16 Zu einem zeitgenössischen Überblick vgl. Julius R. Kaim, Der Balkan und seine Probleme, Mönchen-Gladbach 1928.

17 Der Begriff wurde von L. Tadić als »partizansko jugoslovenstvo« geprägt (Ljubomir Tadić, O »velikosrpskom hegemonizmu« [Über den »großserbischen Hegemonismus«], Belgrad 1992, S. 21).

18 Vortrag von L. B.-P. am 18. Februar 1995 in Bern, private Tonaufnahme des Verfassers, W.O.

und die Binnenkohäsion »ihrer« Völker dadurch stärken, daß sie Konflikte mit allen Nachbarn fördern; wer kollektive Volksgruppenrechte über individuelle Menschenrechte positioniert, ermuntert ethnische Minderheiten, dieselbe Aggressivität anzunehmen wie Titularnationen – wie es die Kosovo-Albaner seit 1968 mit eskalierender Gewaltbereitschaft taten.<sup>19</sup>

1974 glaubte Tito, daß seine Losung »Bratstvo-Jedinstvo« (brüderliche Einheit) von allen Bürgern Jugoslawiens so stark verinnerlicht sei, daß man die Föderation entsprechend verändern könne. Die neue Verfassung löste den gemeinsamen jugoslawischen Markt auf, um die Republiken und Autonomen Provinzen zu einem kreativen Wettbewerb zugunsten Jugoslawiens zu veranlassen. Das Gegenteil trat ein: Die ehemals zentrale Staats- und Parteibürokratie erlebte eine Verachtfachung, und die alten Gegensätze eskalierten auf ein nie gekanntes Maß. Im Grunde begann mit der Verfassung von 1974 der spätere jugoslawische Krieg, was indessen nur wenigen klar war.<sup>20</sup>

**19** Srdja Popović, *Kosovski čvor – Drešiti ili seći?* [Der Kosovo-Knoten – aufknüpfen oder durchhauen?], Belgrad 1990.

**20** Stipe Šuvar, *Svi naši nacionalizmi* [Alle unsere Nationalismen], Valjevo 1986, S. 250ff.

## Balkanische Groß-Projekte

Wer immer im zentralen Balkan neue Groß-Reiche kartographieren will, kann dies unter Berufung auf ältere Verwaltungs-, Gerichts-, Diözesan-, Wahlkreis- oder Dutzende andere Meßtischblätter beziehen, von denen eines gewiß auch den wildesten Groß-Phantasien entspricht.<sup>21</sup> Dieses Grundmuster ist zwar balkanweit verbreitet, aber darüber hinaus weisen alle Groß-Projekte eine solche Fülle variierender Eigenschaften auf, daß sich eine Typologie des Phänomens an sich ergibt. Die groß-staatliche Genealogie soll im folgenden kurz umrissen werden – der Einfachheit halber in alphabetischer Reihenfolge.

### (Groß-)Albanien als nationsbildendes Surrogat und regionale Bedrohung

Die einleitend erwähnte Anleihe bei der Makro-Seismik empfiehlt sich insbesondere für Überlegungen zum Komplex Groß-Albanien: Es gibt den scheinbar ruhenden Vulkan »Groß-Albanien«, dessen Ausbruch US-Außenministerin Madeleine Albright noch im Februar 2000 offenkundig als unmittelbar bevorstehend empfand. Und ein Groß-Albanien, erläuterte Ende Februar 2002 der balkanerfahrene US-Diplomat Richard Holbrooke, schüfe ein »absolutes Chaos« auf dem Balkan. Weiterhin gibt es den noch gefährlicheren Vulkan »Groß-Kosovo«, der Kommentatoren in Ost<sup>22</sup> und West<sup>23</sup> mehr als vergleichbare Phänomene an Hitlers Bemühen um »Lebensraum« erinnert. Und es gibt schließlich die kleineren oder größeren Beben, die Albaner verursachen und damit Unruhe in balkanischen Ländern bewirken: Im Juni 2002 erklärten 1800 albanische Schüler im nord-makedonischen Kumanovo, daß sie im Herbst in einen Streik treten

würden, sofern sie nicht ein separates Schulgebäude bekämen, zu dem makedonische Schüler keinen Zugang haben dürften. Gleichzeitig forderte in Montenegro Mehmet Bardij, Führer des dortigen Demokratischen Verbands der Albaner, daß eigene »albanische Gemeinden« gebildet, Personalausweise für Albaner in albanischer Sprache ausgegeben und eine separate albanische Hochschule geschaffen würden. Derartige Vorfälle ereignen sich ständig und überall auf dem Balkan, wo Albaner leben, und sie sorgen dafür, daß die Region nicht zur Ruhe kommt.

Soweit aktuelle groß-albanische Konzepte nicht an historische Vorläufer anknüpfen, sind sie ein indirekter Beweis für die Richtigkeit der (bereits erwähnten) Befunde von Lidija Basta-Posavec: Unter Tito wurde das Kosovo zum kulturellen Zentrum des gesamten Albanertums, weil aber die Albaner politisch deutlich hinter die serbische Titularnation gesetzt worden waren, drängten sie schon früh zur Republik Albanien, die zwar von den Altstalinisten um Enver Hoxha beherrscht wurde, aber als lockendes Gemeinwesen erschien, in welchem Albaner so dominierten wie Serben in Serbien.<sup>24</sup>

Gemeinhin sind Groß-Reiche entweder primär territorial konzipiert – ein Land verlangt seine »historischen Grenzen« zurück – oder ethnisch, wenn ein Volk unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht seine »Wiedervereinigung« fordert. Im Falle der Albaner werden beide Ansätze gleichlaufend vorgetragen,<sup>25</sup> und das in extremer Aggressivität. Politische Propaganda und »wissenschaftliche« Expertisen behaupten unisono, daß Albaner das älteste Volk Südosteuropas seien, daß sie auf zwei, drei Jahrtausende ungebrochener Existenz als »ethnisch reine Bevölkerung« zurückblickten und die »alleinigen Erben der balkanisch-illyrischen Region insgesamt« seien.<sup>26</sup>

21 Branka Čuljić, Kratki kurs o granicama [Kurzer Lehrgang über Grenzen], in: Osmica (Belgrad), 17.9.1991, S. 12–13.

22 Dmitrij Trenin et al. (Hg.), Kosovo – Meždunarodne aspekty krizisa [Kosovo – Internationale Aspekte der Krise], Moskau 1999; Ju. V. Morozov et al. (Hg.), Balkany segodnja i zavtra [Der Balkan heute und morgen], Moskau 2001.

23 Hugo Roth, Non-Albanian Elements within the Fabric of the Albanian People, in: ders., Kosovo Origins, Belgrad 1996, Kapitel 4; [www.kosovo.com/history/kosovo\\_origins/ko\\_chapter4.html](http://www.kosovo.com/history/kosovo_origins/ko_chapter4.html) (eingesehen am 5.8.2002).

24 Viktor Meier, Träume von einer albanischen Zukunft? Bericht aus Kosovo, in: Südosteuropa Mitteilungen, (1984) 4, S. 52–55.

25 Detailliert dazu Peter Schubert, Zündstoff im Konfliktfeld des Balkan: Die albanische Frage, Baden-Baden 1997 (Stiftung Wissenschaft und Politik, Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik, Bd. 49).

26 Roth, Non-Albanian Elements [wie Fn. 23].

Psychologen könnten gewiß erklären, daß die aggressive Präsentation albanischer Postulate darauf zurückzuführen ist, daß alle Behauptungen schlichtweg aus der Luft gegriffen sind. Die Albaner bezeichnen sich selber als Nachfahren balkanischer Ureinwohner, der Pelasger aus dem 15. Jahrhundert vor Christus, tatsächlich taucht »Albanien« als Regionalname explizit erstmals im Jahre 1079 im Schrifttum auf.<sup>27</sup> Eine »albanische Nation« wurde gar erst 1595 namentlich erwähnt, von einem italienischen Autor.<sup>28</sup> Wobei bis zur Gegenwart zu fragen bleibt, ob es eine »albanische Nation« wirklich gibt. Im Jahre 1914 erklärte der serbische Autor Dmitrije Tucović das destruktive Wirken von Albanern damit, daß sie ethnisch in die Großgruppen der Ghegen im Norden und der Tosken im Süden gespalten seien, wobei sich beide Gruppen ihrerseits in eine Vielzahl untereinander verfeindeter Clans differenzierten.<sup>29</sup> Was vor 90 Jahren konstatiert wurde, ist durch die Unruhen in Albanien (Juni 1997), durch das Wirken der UÇK oder durch das Wiederaufleben der Tradition der Blutrache nicht widerlegt worden.<sup>30</sup>

Erst 1478 eroberten die Osmanen Albanien und islamisierten es. Eine erste nationale Wende kam im Juni 1878, als albanische Honoratioren im kosovarischen Prizren die Albanische Liga gründeten, die sogenannte Liga von Prizren, deren Ziel es war, die von Albanern besiedelten Balkan-Regionen zu einem autonomen Territorium unter osmanischer Oberhoheit zusammenzufassen.<sup>31</sup> Der radikale Flügel der Liga ging in seinen Forderungen weiter, nämlich bis zu einer albanischen Nationalregierung unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht. 1912 nutzten die Albaner den ersten Balkankrieg, um sich auch politisch als eigener Staat vom Sultan zu emanzipieren.<sup>32</sup> Den größten Einfluß übte später Italien aus,<sup>33</sup>

das Albanien bereits 1926/27 durch die sogenannten Tirana-Verträge unter seine Botmäßigkeit gezwungen hatte.<sup>34</sup> Im April 1939 wurde Albanien als Unabhängigkeit im Sinne einer Personalunion modifiziert – unter einem gemeinsamen Staatsoberhaupt existieren zwei getrennte Staaten, die ihre bilateralen Beziehungen weiterhin durch völkerrechtliche Verträge regeln. Im Zweiten Weltkrieg proklamierte Italien eine »Wiedervereinigung aller Albaner« in einem »Groß-Albanien«, das durch die Zusammenlegung von Albanien, dem Kosovo, Teilen Makedoniens, Montenegros und Nord-Griechenlands entstand. Formell war das Gebiet italienische Besatzungszone, real aber handelte es sich um ein Groß-Albanien, in dem Albaner wie in einem souveränen Staat walteten – einschließlich des Rechts zum Waffentragen, eigener Polizei und Freiwilligen-Armee sowie der kaum begrenzten Möglichkeit, Serben und Montenegriner zu vertreiben.<sup>35</sup> Daran änderte sich auch nichts (ausgenommen die grundlegende Unterordnung Albanien unter das italienische Königreich), als Italien 1943 kapitulierte und Deutschland die neue Vormacht Albanien wurde.<sup>36</sup> Die Deutschen gründeten im September 1943 die II. Liga von Prizren (Lidhja së II. të Prizrendit) als militärisch-politische Organisation zur Verteidigung des neuen Groß-Albanien, und mit der Aufstellung eines Kosovo-Regiments und der 21. SS-Division Skenderbeg (die bereits im Juli 1944 von den Partisanen völlig aufgegeben wurde) kamen sie diesen Wünschen entgegen. Andere Kämpfe gab es zunächst kaum, denn in ihren groß-albanischen Plänen waren sich Nationalisten und Kommunisten absolut einig. Die Nationalisten hatten sich im November 1942 in der Balli Kombëtar (Nationale Front) zusammengefunden, die für ein »freies, demokratisches, ethnisch reines Groß-Albanien« eintrat. Anfang August 1943 vereinte sie sich mit den Kommunisten, deren Führer Fadil Hoxha schon zuvor dem jugoslawischen Partisanenführer Vukmanović-Tempo erklärt hatte: »Es bestand und besteht nur ein Albanien, das [...] zerschnitten, zerstückelt, beschädigt sein kann und dennoch eins bleibt als Nation und als Land, gebildet von Menschen gleichen Blutes, gleicher Sprache, gleicher Kultur,

27 Rexhep Ismajli, *The Origin of the Albanian Language*, in: Kosova (Tirana), (1993) 1, S. 9–14.

28 Roth, *Non-Albanian Elements* [wie Fn. 23].

29 Dmitrije Tucović, *Srbija i Arbanija* [Serbien und Albanien], Belgrad 1914.

30 Selbst albanische Intellektuelle kritisieren, daß die stärksten Gemeinsamkeiten unter den Albanern eine »Kultur der Gewalt« und der »Spaltung« seien; vgl. Peter Schubert, *Groß-Albanien: Vision oder Mythos*, unveröffentlichte Studie, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 2000.

31 Oskar Lehmer, *Die Entstehung des Staates Albanien und seine völkerrechtliche Identität im 20. Jahrhundert*, in: *Dardania* (Wien), (1992) 2–3, S. 101–118.

32 Peter Jordan, *Ethnische Gruppen in Makedonien*, in: *Österreichische Osthefte*, (1998) 1–2, S. 65–114, speziell S. 74ff.

33 Mussolinis Hand in Albanien, in: *Vossische Zeitung*, 11.7.1928.

34 Richard Busch-Zanter, *Jenseits der Adria – Albanien unter dem Liktorenbündel*, in: *Das Reich* (Berlin), 9.6.1940.

35 *Informativni priručnik o Jugoslaviji* (Belgrad), (1952) 10–12, S. 246ff.

36 Bernd Huffschiemied, *Albanien wirtschaftliche Zukunft*, in: *Südost-Echo* (Budapest/Wien), 12.5.1944.

gleicher Geschichte, gleicher Psyche und gleichen Nationalgefühls. [...] Wir sind weder für ein »großes« noch für ein »kleines« Albanien, sondern wir sind für ein Albanien, das als Land und als Nation ein und nur ein Ganzes darstellt.«<sup>37</sup>

Ende 1944 zogen die Deutschen aus dem Kosovo ab, das daraufhin zum größten Teil von groß-albanischen Kämpfern übernommen wurde. Als im restlichen Jugoslawien der Krieg längst vorüber war, ging er im Kosovo noch monatelang weiter, mit aller Härte geführt zwischen Albanern und Titos Armee.<sup>38</sup> Vermutlich waren die Kämpfe für Titos (anderweitig unverständliche) Maßnahmen verantwortlich, den während des Krieges vertriebenen autochthonen und zugewanderten Serben »zeitweilig« die Rückkehr zu verbieten, was auf eine nachträgliche Billigung der in Groß-Albanien waltenden Willkür hinauslief.

Frühere und gegenwärtige Balkan-Kenner sind sich einig, daß groß-albanische Projekte eng mit einigen Spezifika der albanischen Geschichte und Gesellschaft zusammenhängen. Zum einen gab es kein alt-albanisches »Groß-Reich« in der Vergangenheit, aus dem man aktuelle »historische Rechte« ableiten könnte. Zum zweiten waren die Albaner im Osmanischen Imperium durchaus heimisch, und ihre diversen Autonomie-Forderungen richteten sich nicht gegen dieses, sondern waren von der Furcht diktiert, irgendwann in einem Serben-Staat aufzugehen. Zum dritten entstand der albanische Staat 1912/13 nur, um Großmacht-Interessen an der Adria auszutarieren. Mit ihm erst kam die »albanische Frage« auf, weil rund die Hälfte der albanischen Nation außerhalb der Staatsgrenzen lebte. Und viertens schließlich ist die traditionelle Binnendifferenzierung albanischer Regionen und Stämme nach wie vor so tief, daß es keine gesamt-albanische Option für ein Groß-Albanien gibt.<sup>39</sup> In historischer Kontinuität wird die gesamtalbanische Option vor allem von Clan-Führern der sunnitischen Gegend im Norden des albanischen Siedlungsgebiets getragen. Hinzu kamen später politische Extremisten von rechts und links, Kommunisten und Faschisten,

37 Zit. n. Miodrag Marović, Albanci i revoljucija [Die Albaner und die Revolution], in: NIN, 3.2. und 24.3.1985.

38 Malte Olschewski, Der Krieg um den Kosovo – Serbiens neue Schlacht am Amselfeld, Bad Vilbel 1999, S. 170ff.

39 Biermann, Die »Albanische Frage« [wie Fn. 4]; Hermann Wendel, Um Albanien, in: Die Neue Zeit, (4.4.1913) 27, S. 1–5; ders., Zwischen Krieg und Krieg, ebd., (9.5.1913) 32, S. 185–189.

die sich in dieser Frage nicht unterschieden.<sup>40</sup> In den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts fanden beide Strömungen in der zahlenstarken kosovo-albanischen Diaspora im Westen erneut zusammen – 250 000 in Deutschland, 150 000 in der Schweiz und 600 000 in den USA –, die sich »zunehmend mit der Drogenmafia vernetzte«.<sup>41</sup> Ein Resultat dessen ist die Terrortruppe UÇK – nach Ansicht eines französischen Autors »un mélange hétéroclite d’adepts d’un marxisme-léniniste, nationaliste, clanique et rural, une sorte des Khmers rouge des Balkans«<sup>42</sup> – als bislang letzter Träger des groß-albanischen Gedankenguts.<sup>43</sup> Nach serbischer Ansicht gibt nur ein Motiv für die Errichtung eines Groß-Albanien, nämlich dieses als territoriale Basis der albanischen Drogen-Mafia zu schaffen, die eng mit der internationalen organisierten Kriminalität verbunden ist.<sup>44</sup> Diese Ansicht wird von Politikern wie Jiří Dienstbier, dem UN-Menschenrechtsbeauftragten, geteilt,<sup>45</sup> dazu von bosnischen,<sup>46</sup> tschechischen,<sup>47</sup> polnischen<sup>48</sup> und russischen Analytikern,<sup>49</sup> neuerdings auch von deutschen<sup>50</sup> und anderen westlichen.<sup>51</sup>

40 Stephan Lipsius, Untergrundorganisationen im Kosovo – Ein Überblick, in: Südosteuropa, (1998) 1–2, S. 75–82.

41 Beate Andrees, Die kosovo-albanische Diaspora zwischen Krieg und Frieden, in: WeltTrends, (Herbst 2001) 32, S. 59–76.

42 Christophe Chiclet, Les soldats perdus de l’UCK, in: Confluences Méditerranée, (2001) 38, S. 25–30.

43 Slobodan Ikončić, Tajne šiptarske gerile – Profesionalni teror [Die Geheimnisse der albanischen Guerilla – Professioneller Terror], in: NIN (Belgrad), 18.12.1997, S. 18–19.

44 Entsprechende serbische Einschätzungen sind zitiert bei Piotr Pytlakowski, Albański ulamek [Albanisches Bruchstück], in: Polityka, (1998) 17, S. 100–104.

45 Dienstbier: Extremisten nutzen Machtvakuum, in: Berliner Zeitung, 20.3.2001.

46 Krešimir Meler, Narko naoružanje [Drogen-Bewaffnung], in: Svijet (Sarajevo), 19.7.1998, S. 30–31.

47 Miroslav Nožina, Česká republika na křižovatkách mezinárodního zločinu [Die Tschechische Republik am Kreuzungspunkt des internationalen Verbrechens], in: Mezinárodní politika (Prag), (1999) 2, S. 4–7.

48 Jacek Potocki, Szpony orła [Krallen des Adlers], in: Wprost (Warschau), 4.3.2001, S. 95.

49 Rossija – Jugoslavskij krizis – Zapad [Rußland – Jugoslawische Krise – Westen], in: Otkrytaja politika (Moskau), (1999) 5–6, S. 29–35; es handelt sich um das Protokoll einer Experten-Debatte, bei welcher u.a. behauptet wurde, daß eine in der Schweiz ansässige albanische Mafia 70% des deutschen Drogenmarktes kontrolliere und daß 40% der in Europa und den USA konsumierten Drogen »im zentralen Kosovo« hergestellt würden.

50 Andreas Ulrich, Russisches Roulette, in: Der Spiegel, (2001) 15, S. 62–64.

51 Tim Judah, Greater Albania?, in: The New York Review of Books, 17.5.2001.

Damit ergibt sich die Frage, ob es sich tatsächlich um groß-albanische Visionen handelt – oder um groß-kosovarische.

Die Pläne der UÇK für ein Groß-Kosovo sind historisch vorgeprägt, beispielsweise aus den Reden König Achmed Zogus, der 1927 verkündete, »mit Hilfe der Mächte werde Albanien in Bälde seine Grenzen erweitern können. Diese Grenzen würden dann bis Prokuplje, Skoplje und Prilep reichen, weiters Teile des jugoslawischen und griechischen Mazedonien umfassen, sowie auch nach dem Nord-Epirus übergreifen.«<sup>52</sup> Die apostrophierten Mächte waren vor allem Mussolinis Italien, und die heutigen albanischen Groß-Pläne knüpfen bruchlos daran. Auf entsprechenden Karten sind die einzelnen Regionen bereits aufgeführt: Kosovo, Ost-Kosovo (Süd-Serbien), Maljsija (Südost-Montenegro), Ilirida (West- und Zentral-Makedonien) und Çamerija (Nord-Griechenland).<sup>53</sup> Diese Pläne wie auch die »Argumente« der Albanischen Akademie in Tirana fanden sich in Programmen und »Pattformen« albanischer Extremisten aus Makedonien wieder: »Eine Nation muß ihren Staat haben«, und »die albanischen ethnischen Räume müssen »in einem einzigen Nationalstaat wiedervereinigt« werden.<sup>54</sup>

Groß-Albanien ist zweifellos von allen balkanischen Groß-Projekten das aggressivste, weil es hinsichtlich seiner Legitimität noch illusorischer ist als alle anderen: Es geht von einer unbestimmten Sehnsucht aus, »die in der Geschichte nicht erreichte Vereinigung der ethnischen Albaner im nationalen wie auch im staatlich-politischen Sinne im Zuge einer Neuordnung auf dem Balkan nachzuvollziehen«; es wird als »fatalistisches Fixieren auf die Unvermeidlichkeit großalbanischer Lösungen« inszeniert; es präsentiert sich nach außen als Lösung der »albanischen Frage«, wobei auch das »Stigma einer Drehscheibe für mafiose Machenschaften« entfielet; es bringt alte »Lebensraum-Visionen in neuer Form ins Gespräch, indem es die überdurchschnittlichen Geburtsraten von Albanern im Sinne einer schleichenden Landnahme instrumentalisiert und ähnliches mehr.<sup>55</sup>

<sup>52</sup> Zit. bei Gilbert in *der Maur*, Die Jugoslawen einst und jetzt, Bd. II, Leipzig 1936, S. 158.

<sup>53</sup> Dokumentation und Kommentare in: Reporter (Banja Luka), 27.2.2001, S. 29–32; Aleksandar Mičić, Nova Albanija, in: Mladina (Ljubljana), (2001) 13.

<sup>54</sup> Kommentar von Blaže Ristovski, in: Dnevnik (Skopje), 14.4.2001.

<sup>55</sup> Peter Schubert, Der albanische Faktor nach dem Kosovo-Krieg, in: WeltTrends, (Herbst 2001) 32, S. 41–58.

## (Groß-)Bulgarien als plebiszitäre Fata Morgana

Bulgarien könnte aus dem seismischen Vergleichsraster dieser Darstellung völlig herausfallen, wird aber aufgrund schlechter Erfahrungen seiner Nachbarn immer wieder in diesen zurückgestoßen. Als erstes Land überhaupt erkannte Bulgarien die Republik Makedonien diplomatisch an, sperrte sich aber lange Jahre gegen eine Anerkennung makedonischer Sprache und Identität. Nun werden Sprachen und Identitäten nie und nirgendwo anerkannt, aber in diesem Fall argwöhnten nicht nur Makedonen, daß sich dahinter alte, groß-bulgarische Aspirationen versteckten. Ähnlich war es, als der damalige bulgarische Staatspräsident Petăr Stojanov Makedonien als »romantische Erinnerung für Bulgaren« bezeichnete – ein im Grunde versöhnliches Epitheton, das ihm aber die monatelange Feindschaft der makedonischen Medien sicherte. Und ähnliche Vorfälle mehr, die die Frage provozieren, ob Bulgarien noch Großstaaten-Aspirationen hat oder bei Nachbarn, die in der Geschichte einmal »bulgarische« Reichsteile waren, lediglich entsprechende Phantomschmerzen erzeugt.

Bulgarien ist ein Beispiel für die immanente Paradoxie, die Groß-Projekten mitunter anhaftet, denn dieses Land ist im Laufe seiner Geschichte siebenmal ein Groß-Staat gewesen, wobei die Größe stets in einer Weise aufkam oder endete, daß man sie sogar negieren könnte: Hat es Groß-Bulgarien siebenmal gegeben – oder niemals?<sup>56</sup>

Das erste Bulgarische Reich (7.–10. Jh.) etablierte sich zunächst als balkanische Großmacht, nach seiner Christianisierung (864) auch als europäische Macht und durch das Wirken der Schüler der Slawenapostel Kyrill und Method schließlich als Wiege der slawischen Schriftkultur. Das zweite Reich, das des Zaren Samuil (10. Jh.) war eine verkleinerte Kopie des ersten, das dritte (12.–14. Jh.) zerfiel nach anfänglicher Blüte infolge innerer Wirren (Aufkommen der häretischen Lehre des Bogomilentums) und äußeren Drucks (durch Byzanz, Kreuzzügler, Serben, Tataren etc.) und wurde 1393 von den Osmanen erobert.<sup>57</sup>

Die drei mittelalterlichen groß-bulgarischen Reiche haben unzweifelhaft bestanden, doch ist es höchst fraglich, ob sie im Sinne der dieser Darstellung zugrundeliegenden Perzeption von Groß-Reich –

<sup>56</sup> Hermann Schindler, Bulgarien, Dresden 1918, S. 50ff.

<sup>57</sup> Kurt Floericke, Geschichte der Bulgaren, Stuttgart 1913, S. 18ff.

Restitution des ethnischen Territoriums im Umfang seiner größten historischen Ausdehnung – herangezogen werden können. In Bulgarien selber ist dieser Gedanke nie explizit geäußert worden, weil man wohl die historisch »unscharfe« Natur der alten Reiche und die geringe Möglichkeit, sie in neuerer Zeit wiedererrichten zu können, in Betracht zog. Wenn Bulgarien in der Neuzeit sehr wohl Groß-Projekten anhing und diese zeitweilig auch verwirklichte, dann forderte es, man müsse ihm die »Desannexion« oder »Reannexion« dessen erlauben, was ihm tausend Jahre zuvor gehörte.<sup>58</sup> Die Bulgaren glaubten, ihre imperialen Postulate problemlos vorbringen zu können, weil sie sie einem damals allseits favorisierten Verfahren für die Lösung interethnischer Konflikte unterordneten, dem Plebiszit: »Unter allen heute kämpfenden Staaten [...] ist Bulgarien vielleicht der einzige, der vor einem Plebiszit keine Furcht hat.«<sup>59</sup>

Man dachte an eine Neuauflage des 1870/71 von den osmanischen Behörden gewährten nationalkirchlichen Exarchats: Wo immer im Imperium die Bulgaren ein Quorum von zwei Dritteln der Bevölkerung fanden, durften sie bulgarische Kirchengemeinden gründen – was sie so geschickt und plebiszitär handhabten, daß das Exarchat schon wenige Jahre nach seiner Einrichtung außer bulgarischen auch griechische, makedonische, serbische und rumänische Regionen umfaßte.<sup>60</sup> Damit entstand eine nationales und territoriale »Ideal«, das in den folgenden Jahrzehnten immer neue Anstrengungen auslöste, die aktuellen bulgarischen Grenzen denen des Exarchats möglichst kongruent zu gestalten. Das Exarchat war zwar kein Groß-Reich, wohl aber die ethnische und territoriale Antizipation eines solchen, denn seine Entstehung und Ausweitung wurde gewissermaßen als groß-bulgarische Sammlungsbewegung praktiziert.

Bereits 1878 bot sich die Chance zur Bildung eines Staates, »dessen Bild jeder Bulgare als Ideal des bulgarischen Staatsraumes in sich trägt.«<sup>61</sup> Der russisch-türkische Krieg hatte im März 1878 zum Präliminarfrieden von San Stefano, einem Vorort von Konstantinopel, geführt, der ein Groß-Bulgarien schuf, das etwa

vier Fünftel des Exarchatsgebiets umfassen sollte. Schon im Juni 1878 beendete der Berliner Kongreß<sup>62</sup> dieses Gebilde wieder und setzte an seine Stelle drei Territorien: das Fürstentum Bulgarien im Norden des Balkan-Gebirges, die Provinz Ost-Rumelien (als autonomes Gebiet im Osmanischen Imperium) und Makedonien (das im Imperium verblieb).<sup>63</sup> 1885 folgte die Wiedervereinigung Bulgariens, das auch den anschließenden Krieg gegen Serbien gewann, den dieses provoziert hatte, als es keine »Kompensation« für Bulgariens Territorialvergrößerung bekam.<sup>64</sup> Bulgarien wiederum sah sich von höheren Zielen inspiriert, nämlich »die höchste geschichtliche Aufgabe des Bulgarentums auf der Balkanhalbinsel erfüllt zu sehen: den Anschluß sämtlicher bulgarischer nationaler Minderheiten an das Mutterland.«<sup>65</sup>

Osmanischer Besitz blieb Makedonien, und auf dieses richteten sich die Begehren der Südslawen, was um 1910 zu endlosen Verhandlungen (samt Markierung »strittiger Gebiete«) und 1912 zum Ersten Balkankrieg führte. Dabei verdrängten die verbündeten Länder Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland zwar die Türken fast gänzlich aus Europa, aber da man sich über die »Beute« Makedonien absolut nicht einigen konnte, folgte 1913 der Zweite Balkankrieg, in den auch Rumänien eingriff. Der kurze, aber sehr blutige Krieg brachte eine Neuordnung des Balkans (s. Tabelle 1).

Mit Ausnahme von Rumänien (das Bulgarien in der Dobrudsha 7300 Quadratkilometer abgenommen hatte) und Montenegro vergrößerten sich die Länder, indem sie Makedonien unter sich aufteilten: Griechenland erhielt mit Ägäisch-Makedonien rund die Hälfte des makedonischen Territoriums, Serbien mit Vardar-Makedonien das ethnische Kerngebiet (das mit der heutigen Republik Makedonien identisch ist), Bulgarien das kleine Pirin-Makedonien.<sup>66</sup> Dabei blieb es,

<sup>58</sup> Die Bulgaren in ihren historischen, ethnographischen und politischen Grenzen (plus derselbe Titel in den erwähnten weiteren Sprachen), Berlin 1917, S. X.

<sup>59</sup> Rizov in: ebd., S. XVI.

<sup>60</sup> Todor *Girginov*, *Istoričeski razvoj na sāvremenna Bālgarija* [Historische Entwicklung des modernen Bulgariens], Bd. I, Sofia 1934, S. 16ff, 56ff.

<sup>61</sup> H. Barten, Die territorialen Probleme Bulgariens, in: *Geopolitik*, (1941) 4, S. 216–227 (216).

<sup>62</sup> Detailliert zu den Kongreß-Bestimmungen vgl. Die politische Umgestaltung des Türkischen Reiches in Europa und Vorder-Asien nach dem Berliner Vertrage vom 13. Juli 1878, in: Petermann's Geographische Mittheilungen, (1878) 10, S. 365–368.

<sup>63</sup> Nikola *Stanev*, *Bālgarija pod igo – Vāzraždane i osvoboždenie* [Bulgarien unter dem Joch – Wiedergeburt und Befreiung], Sofia o.J. [1935], S. 503ff.

<sup>64</sup> Bulgarien in Berlin, in: *Die Zukunft*, 27.7.1895, S. 145–154.

<sup>65</sup> Dimitri *Jotzoff*, Bulgarien nach dem Befreiungskrieg von 1878, in: Iwan *Parlapanoff* (Hg.), *Königreich Bulgarien 1878–1928. Jubiläums-Almanach*, Leipzig 1928, S. 82–92.

<sup>66</sup> Hermann Otto *Bolesch*, Bulgariens Gebietsverluste seit 1913, in: *Volk im Osten* (Bukarest), (1941) 3–4, S. 17–19.



**Tabelle 1**  
**Neuordnung des Balkans nach dem Zweiten Balkankrieg**

Land	Größe 1912 (qkm)	Größe 1913	Einw. 1912 (Mio.)	Einw. 1913 (Mio.)
Bulgarien	96 345	121 745	4,1	4,47
Serbien	48 303	90 300	2,96	4
Rumänien	131 353	138 653	7	7,3
Griechenland	64 650	110 000	2,6	4

Gilbert *in der Maur*, Die Jugoslawen einst und jetzt, Bd. I, Leipzig 1936, S. 157ff.

obwohl Sofia jahrzehntelang anderes erstrebte: »Bulgarien will die Vereinigung aller seiner Söhne innerhalb seiner völkischen und geographischen Grenzen, die den Raum zwischen Donau, Schwarzem Meer, Ägäis und Ochrida-See umschließen. Für die Verwirklichung dieses nationalen Ideals hat Bulgarien jahrhundertlang Kämpfe geführt.«<sup>67</sup> In beiden Weltkriegen schaffte es Bulgarien, im Bündnis mit Deutschland Makedonien größtenteils wieder unter seine Herrschaft zu bekommen,<sup>68</sup> gleichfalls Thrakien mit dem Zugang zur Ägäis<sup>69</sup> – um es nach Kriegsende wieder räumen zu müssen.<sup>70</sup> Das klassische Ziel eines »Celokupna Bălgarija« (integrales Bulgarien), wie es in der bulgarischen Literatur und Presse immer genannt wurde, wurde nur kurzfristig erreicht, und am Ende mußte man neben den makedonischen auch thrakische Gebiete aufgeben. Immer war es Bulgarien vorrangig um den Besitz von Makedonien gegangen. Tausend Jahre einer gemeinsam verbrachten Geschichte lassen sich nicht auseinanderdividieren, und wenn man es versucht, landet man im schlimmsten Fall bei eskalierenden Konflikten, im Normalfall bei fruchtloser Propaganda.<sup>71</sup>

### (Groß-)Griechenland als byzantinische Verwirrung

Griechenland ist Mitglied von NATO und EU und sollte folglich als beruhigendes Element in der balkanischen Bebenzone wirken. Partiiell tat es das auch, beispielsweise 2001 durch seine Unterstützung der Republik Makedonien gegen den aus dem Kosovo importierten UÇK-Terrorismus. Damals schlossen beide Länder faktisch ein Schutzbündnis gegen den groß-albanischen Imperialismus, der auch nach Nord-Griechenland ausgriff.<sup>72</sup> Ein Jahr später blockierte es die Übernahme der NATO-Mission in Makedonien durch eine EU-Eingreiftruppe.<sup>73</sup> Zehn Jahre vorher hatte es zwei totale Blockaden gegen Makedonien verhängt und ein Verhältnis zu Miloševićs Serbien gepflegt, das so freundschaftlich war, daß der Diktator glaubte, in Griechenland einen Partner für seine Pläne einer Aufteilung Makedoniens gefunden zu haben.<sup>74</sup>

Griechenlands balkanische Regionalpolitik mutet gelegentlich irrational an: Dauerstreit mit der Türkei um Seegrenzen in der Ägäis, mit Makedonien um dessen Staatsnamen und Verfassung und ähnliches mehr, bei welchem immer eine griechische Hypersensibilität im Spiel ist, die dem Nachbarn und potentiellen Partner feindliche Absichten und aggressive Pläne unterstellt, die buchstäblich niemand nachvollziehen kann.<sup>75</sup> Direkt hat Griechenland nach dem Zweiten

<sup>67</sup> Wencław Protich, Die nationalen Probleme Bulgariens, in: Volk im Osten, (1941) 8, S. 14–15.

<sup>68</sup> Barten, Die territorialen Probleme Bulgariens [wie Anm. 61].

<sup>69</sup> Werner Piesold, Bulgarien am Weißen Meer, in: National-Zeitung (Essen), 13.4.1944.

<sup>70</sup> Richard Busch-Zanter, Bulgarien, Leipzig 1941, S. 94ff; Marshall Lee Miller, Bulgaria during the Second World War, Stanford, Cal. 1975, S. 174ff.

<sup>71</sup> Max Fischer, Die Zukunft der Balkanslawen, in: Berliner Tagblatt, 3.4.1934.

<sup>72</sup> Detailliert dazu das Dossier: Šta hoće Abanci – Mapa, pa teritorija [Was die Albaner wollen – die Landkarte und das Territorium], in: Reporter (Banja Luka), 27.2.2001, S. 29–32.

<sup>73</sup> Bericht in: Handelsblatt, 8.5.2002, S. 5.

<sup>74</sup> (Präsident) Kiro Gligorov (Interview), Priznanje za mir [Anerkennung für den Frieden], in: Ekonomska politika (Belgrad), 13.9.1993, S. 24–27.

<sup>75</sup> Pavlos Tzermias, Die Identitätssuche des neuen Griechentums, Freiburg (Schweiz) 1994, S. 112ff.

Weltkrieg niemals Territorialansprüche vorgebracht, aber unter einem weitergefaßten Blickwinkel hängen noch viele Griechen »großen Ideen« an, die vor Jahrhunderten geboren wurden und bis zur Gegenwart zur allgemeinen Unruhe auf dem Balkan beitragen. Es handelt sich um zwei Ideen, mit denen Griechenland offenkundig den kulturellen und politischen Primat in Südosteuropa einfordert: Für die internationale Gemeinschaft präsentiert man sich als direkter Nachfolger des antiken Griechenland, der »Wiege der Demokratie«, für die engere Region rekurriert man auf das »griechische« Großreich von Byzanz.

Das Ergebnis sind die erwähnten griechischen Überreaktionen, wie sie sich vor allem im »Namensstreit« mit Makedonien zeigten. Griechische und andere Analytiker vermuten, daß der ganze Streit anfänglich nur ein Ablenkungsmanöver der Papandreou-Führung war: Sie hatte EU-Gelder verschleudert, um sich an der Macht zu halten, und das »Makedonien-Problem« aus innenpolitischen Motiven eskaliert, um von eigenen Fehlern abzulenken.<sup>76</sup>

Wie hängt das alles mit der balkanischen Geschichte zusammen, die die Griechen mit ihren Nachbarn jahrhundertlang als Untertanen türkischer Sultane teilten? Kein südosteuropäisches Land hat die osmanische Fremdherrschaft als so schrecklich erlebt, wie in späteren Darstellungen jeweils beschrieben. Den geringsten Anlaß dazu hatten die Griechen, die zu allen Zeiten des Imperiums eine relativ unbehelligte, zeitweilig sogar privilegierte Stellung besaßen. Ihnen war – in Gestalt des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel – eine Art Primat unter den orthodoxen Nationalkirchen zugestanden worden. Und die Phanarioten – die griechischen Einwohner des Konstantinopler Stadtteils Fener – lieferten dem osmanischen Hof, der sprichwörtlichen Hohen Pforte, zahlreiche Diplomaten, Dolmetscher, Beamte etc.<sup>77</sup> Das alles reichte nicht hin, um das spezifische griechische Sendungsbewußtsein zu kompensieren, das aus der Bibel, aus den Anfängen der Ausbreitung

des Christentums durch die »ökumenische« griechische Sprache und aus der »Hellenisierung des Christentums« durch die klassische griechische Philosophie herrührte.<sup>78</sup>

Im Jahre 1821 wagten die Griechen einen nationalen Aufstand, der 1832 zu ihrer Befreiung führte. Zwei Momente hoben diesen Aufstand aus der langen Reihe balkanischer Unruhen gegen die Osmanen heraus. Zum einen war schon Jahrzehnte vor seinem Ausbrechen mit der *megali idea* (große Idee) ein strategisches Ziel gesetzt worden, nämlich »die Grenzen griechischer Kultur wie einst im Byzantinischen Reich noch einmal wieder mit den griechischen Staatsgrenzen gedeckt und in einem neuen Griechischen Großreich vereint zu sehen.«<sup>79</sup> Dabei war niemandem recht klar, wie dieses Großreich beschaffen sein sollte. War es als »Hellenische Republik« geplant, also als staatliche Integration der von Griechen besiedelten Gebiete, oder als »multinationales Großgriechenland«, das unter Berufung auf Byzanz das Erbe des Osmanischen Imperiums in Europa und Kleinasien antrat?<sup>80</sup> Die Initiatoren dieses Konzepts waren Adamantios Korais (1748–1833) und Rigas Velestinlis Fereos (1757–1798).

Das zweite Moment des griechischen Aufstands zeigte sich bereits in seinem Verlauf und danach – der schwärmerische Philhellenismus, der in ganz Europa prominente Individuen (wie Lord Byron) und die Großmächte für die griechische Sache Partei nehmen ließ. Im Grunde war er ein einziges Mißverständnis, denn die sentimentale Neigung der Europäer galt der Antike, die wiederum den Griechen nichts mehr sagte und von ihnen auch nicht bedacht wurde, da ihr Sinnen und Trachten allein der Wiederherstellung des »griechischen« Kirchenstaates von Byzanz galt. Die Verträge von Adrianopel (September 1829) und Konstantinopel (Juli 1832) markierten dann Grenzen und Regierungssystem Griechenlands, in dem als erster König Otto den Thron bestieg, zweiter Sohn des Bayern-Königs Ludwig I.. Mit dem Groß-Griechenland der »megali idea« hatte dieser Staat wenig gemeinsam, da er kaum das klassische Hellas umfaßte. In der Theorie war Griechenland eine Muster-Demokratie, in der Praxis ein halbdiktatorisches Regime tribaler

<sup>76</sup> Walter Althammer (Hg.), Makedonien – Probleme und Perspektiven eines jungen Staates, München 1999 (*Südost-Institut München*, Aus der Südosteuropa-Forschung, Bd. 10), insbesondere die Beiträge von K. Schrammeyer (S. 9ff), J. Niehoff-Panagiotidis (S. 59ff) und L. Stepan (S. 75ff).

<sup>77</sup> Soweit nicht anders ausgewiesen, folgt die Darstellung hier der mehrteiligen Geschichtsserie »Historical Settings« im Internet, [www.GoGreece.com/learn/history](http://www.GoGreece.com/learn/history) (zuletzt eingesehen am 5.8.2002). Vgl. weiterhin Pavlos Tzermias, Neugriechische Geschichte – Eine Einführung, 3. Auflage, Tübingen/Basel 1999.

<sup>78</sup> Ernst Benz, Die Bedeutung der griechischen Kirche für das Abendland, Wiesbaden 1959 (Akademie der Wissenschaften und der Literatur – Abhandlungen der geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse Nr. 5/1959).

<sup>79</sup> Hans-Henning Pantel, Griechenland zwischen Hammer und Amboss, Leipzig 1942, S. 22.

<sup>80</sup> Pavlos Tzermias, Die Identitätssuche des neuen Christentums, Freiburg (Schweiz) 1994, S. 151ff.

Oligarchien, die Premier Ioannis Kolettis vor allem durch eine Wiederbelebung der Großen Idee zusammenhielt: Griechenland muß »wiedervereinigt« werden, indem es die osmanischen Regionen an seinen Grenzen annektiert. Der Krim-Krieg bot Mitte des 19. Jahrhunderts eine Gelegenheit dazu, und König Otto ließ durch seine Truppen Thessalien und Epirus besetzen. Im damaligen Ausland verfolgte man zwar die internen Auseinandersetzungen und auswärtigen Aktivitäten Griechenlands, glaubte aber nicht an eine vollständige Realisierung der Großen Idee.<sup>81</sup>

In den folgenden Jahren ergaben sich kleinere Erfolge im Sinne der »megali idea«. Der neue Herrscher Georg I. bekam 1863 die Ionischen Inseln zurück, die England seit 1815 besetzt hatte. Später waren die Großmächte bereit, auf dem Berliner Kongreß 1878 Griechenland große Gebiete in Thessalien zuzusprechen. Damit setzte die sozusagen additive Implementierung der Großen Idee ein, die in den folgenden Jahren zu bemerkenswerten Territorialgewinnen führte: 1880 Thessalien und Süd-Epirus, 1912 Kreta, 1913 Nord-Epirus und Süd-Makedonien, 1919 Thrakien und Smyrna samt der kleinasiatischen Küste. Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte sich Griechenland territorial um 68 Prozent erweitert, danach unternahm es unter Premier Venizelos – einem Kreter und leidenschaftlichen Befürworter der »megali idea«, konkretisiert als »Griechenland der zwei Kontinente und der fünf Meere« – einen Feldzug ins Innere Kleinasiens. Dieses Unternehmen stachelte Mustafa Kemal Pascha, als Ata Türk der spätere Begründer der modernen Türkei, zu verzweifelter Gegenwehr auf, die Griechenland eine katastrophale Niederlage einbrachte. Der bei Beendigung der Kämpfe vereinbarte ethnische Austausch (ethnic exchange) zwang 500 000 Türken zum Verlassen Griechenlands und rund 1,5 Millionen Griechen zum Verlassen der Türkei, und die unvermeidliche »Flüchtlingskrise« brachte das Land ökonomisch und politisch an den Rand des Abgrunds. Die »megali idea« war früh gescheitert, ganz verschwunden ist sie nicht, und wenn gegenwärtige griechische Kommentatoren recht haben, dann ist es so, daß »elements of this policy remain in force today«.<sup>82</sup>

<sup>81</sup> G. Hertzberg, Die Ethnographie der Balkan-Halbinsel im 14. und 15. Jahrhundert, in: Mittheilungen aus Justus Perthes' Geographischer Anstalt (Gotha u.a.), (1878) 24, S. 125–136.

<sup>82</sup> Historical Settings [wie Fn. 81].

## (Groß-)Kroatien als Herrenvolk-Projektion

Balkanische großflächige Beben, die den ganzen Raum nicht zur Ruhe kommen lassen und gelegentlich kriegerische Eruptionen zeitigen, können sich mitunter geradezu melodisch äußern: *Hrvatska, Bosna i Hercegovina jedna domovina* (Kroatien, Bosnien und die Herzegowina sind eine Heimat) behauptete seit 1995 ein beliebtes Lied im Kroatien des ehemaligen Tito-Generals Franjo Tudjman. Wie selbstverständlich hatte dieser die Kroaten in Bosnien-Herzegowina vereinnahmt und sie, alle Bürger eines fremden Staates, mit dem Recht ausgestattet, in Kroatien wählen zu dürfen. Dennoch haben im Januar 2000 die Kroaten die Tudjman-Bewegung Kroatische Demokratische Union (HDZ) abgewählt. Aber das manische Streben Tudjmans (der einen Monat zuvor verstorben war) nach einem Groß-Kroatien ist nicht verschwunden.<sup>83</sup> Im Lande selber wirkt ein festgefügtter Block von Unterstützern dieses Konzepts. In Bosnien-Herzegowina fordern die dort lebenden Kroaten eine dritte, kroatische »Entität« – eine Forderung, die wie eine Fortsetzung von Tudjmans Absicht anmutet, Bosnien unter Serbien und Kroatien aufzuteilen.

Bei Diaspora-Kroaten im westlichen Ausland scheint das Bild von Groß-Kroatien noch sehr lebendig zu sein, das kroatische Faschisten im Zweiten Weltkrieg schufen. Dabei wäre dieses Gebilde nur die Realisierung des kleineren Groß-Kroatien gewesen, dessen Entstehung der kroatische Landtag bereits am 23. August 1878 von Kaiser Franz Joseph gefordert hatte, nämlich »Bosnien dem Königreich Kroatien, Slawonien und Dalmatien einzuverleiben«. Bereits zehn Jahre zuvor hatten die extremistischen Verfechter des »kroatischen Staatsrechts« – Ante Starčević, Eugen Kvaternik, Đuro Deželić u.a. – in Büchern und Artikeln immer wieder ein Groß-Kroatien beschrieben, das von Österreich bis Makedonien alle Regionen einschließen sollte: Über Kärnten, Steiermark, Slowenien, Istrien, Kroatien, Dalmatien, Slawonien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien, Kosovo, Nord-Albanien und Nord-Bulgarien sollte »endlich die Flagge des reinen, ungeschändeten Kroatiens wehen«.<sup>84</sup>

<sup>83</sup> Vgl. die Ergebnisse einer Umfrage, in: Globus, 12.1.2001, S. 23–26.

<sup>84</sup> Ausführlich dokumentiert von Vasilije Đ. Krestić, Velika podvala – Srbi su izvor rata. Genocid u službi velikohrvatske ideje [Die große Unterstellung – die Serben sind eine Quelle des Krieges. Völkermord im Dienst der großkroatischen Idee], in: Srpsko nasleđe (Belgrad), Nr. 15–17/1999.

Kroatiens Anfänge verbergen sich im historischen Dunkel, Gestalt nahm es erst an, als es 1102 an Ungarn fiel, wo es bis 1918 verblieb. Die Formen und Abhängigkeitsgrade dieser Unterstellung änderten sich, aber von einer Autonomie Kroatiens konnte nur bedingt die Rede sein: Es gab das »dreieinige Königreich Slawonien-Kroatien-Dalmatien«, das zu Ungarn gehörte und bis zuletzt auf die Umwandlung der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn in ein »trialistisches« Reich hoffte. Letztlich richtete sich der kroatische Ehrgeiz auf ein Groß-Kroatien innerhalb Habsburgs. Die Legitimation dafür bezog man aus dem »historischen kroatischen Staatsrecht«, einer Geschichtsinterpretation der unnachvollziehbaren Art, daß nämlich Kroatien ungeachtet seiner Zugehörigkeit zu Ungarn (seit 1102) und Österreich (seit 1557) eine jahrhundertelange Kontinuität der staatlichen Unabhängigkeit und nationalen Individualität repräsentiere. In Wien und Budapest interessierte das niemanden, und als dieses nationalistische Autostereotyp im 19. Jahrhundert mit der realen Souveränität Serbiens kollidierte, dürfte es sogar bruchlos in die Divide-et-impera-Philosophie Habsburgs gepaßt haben. Das Imperium war von einer irrationalen Furcht vor dem »Panslawismus« beseelt, den es als Programm und Handlungsanweisung zur Zerstörung Österreich-Ungarns auffaßte, welches Rußland konzipiert hatte und Serbien exekutieren sollte.<sup>85</sup> Vor diesem Hintergrund waren groß-kroatische Gedankenspiele erlaubt, auch wenn sie die erwähnten Übermaße annahmen: Die Länder »von Kroatiens Staatsrecht [reichen] von Deutschland bis Makedonien, von der Donau bis zum Adriatischen Meer«. Um diese Ansprüche zu untermauern, bediente man sich eigener Namen für fremde Regionen und fremde Völker: Alpen-Kroaten (Slowenen), Kärtner Kroatien (Slowenien), Türkisch-Kroatien (Bosnien), Weiß- und Rot-Kroatien (Dalmatien und Montenegro) etc.<sup>86</sup>

Dieses *Groß-Kroatien* hat im Zweiten Weltkrieg mehr oder minder Gestalt angenommen. Nachdem Deutschland, Italien, Ungarn und Bulgarien im Frühjahr 1941 Jugoslawien angegriffen und besiegt hatten, bildeten sie den »Unabhängigen Staat Kroatien« (Nezavisna Država Hrvatska, NDH) unter dem Ustaša-Führer Ante Pavelić. Pavelić bot dem italienischen Königshaus Savoyen die »Krone von

<sup>85</sup> Bresnitz von Sydačoff, Die panslawistische Agitation und die südslawische Bewegung in Oesterreich-Ungarn, 2. Auflage, Berlin/Leipzig 1900.

<sup>86</sup> Vasilije Krestic, Trough Genocide to a Greater Croatia, Belgrad 1997.

Kroatien« an, und König Victor Emanuele bestimmte einen Verwandten, den Herzog von Spoleto Aimone dazu, diese als Tomislav II., also als Nachfolger eines angeblichen mittelalterlichen »Königs von Kroatien«, anzunehmen. König Tomislav II. hat sein Reich niemals besucht, da die wahren Herrscher des NDH der deutsche Kommandant Siegfried Kasche und der Poglavar (Führer) Pavelić waren.<sup>87</sup> Als Italien im Herbst 1943 kapitulierte, dachten die Deutschen nicht daran, dessen adriatische Besitztümer etwa an die Kroaten zurückzugeben – sie bildeten sie zur »Operationszone Adriatisches Küstenland« um und übernahmen sie in eigene Regie.<sup>88</sup>

Im Grunde waren es die Siege von Titos Partisanen, die Kroatien wirklich vergrößerten, etwa um die bislang italienische Halbinsel Istrien, allerdings vollzog sich diese Ausweitung nur innerhalb der jugoslawischen Föderation. Weil diese aber die (erwähnten) demokratischen Defizite auswies, mußten sich alte Unzulänglichkeiten und historische »Groß-Ansprüche« bis zur Gegenwart perpetuieren.<sup>89</sup> Denn die seit Januar 1992 international anerkannte Republik Kroatien krankte in den rund zehn Jahren des Tudjman-Regimes an klassischen und indogenen groß-kroatischen Symptomen: Aufteilung Bosnien-Herzegowinas unter Kroatien und Serbien bereits im Programm der Opposition 1972,<sup>90</sup> Bündnis mit der NDH-Emigration in Westeuropa und Südamerika samt Übernahme von deren groß-kroatischer Ideologie,<sup>91</sup> Absprachen im Februar/März 1991 mit Milošević über eine Aufteilung Bosnien-Herzegowinas,<sup>92</sup> Instrumentalisierung der traditionell nationalistischen Kroaten der Hecegovina in doppelter Weise – um Bosnien-Herzegowina für groß-kroatische Pläne gefügig zu machen und um diese Pläne in Kroatien selbst, wo sie nur geringes Echo fanden, als »nationales Ziel« zu propagieren.<sup>93</sup>

<sup>87</sup> Robert Lee Wolff, The Balkans in Our Time, Cambridge, Mass. 1956, S. 201ff.

<sup>88</sup> Srđa Trifković, Nemci su ih se stideli [Die Deutschen haben sich für sie geschämt], in: Duga (Belgrad), 30.8.1991, S. 90–93.

<sup>89</sup> Jeffrey Smith, Croatia Rapidly Abandoning Authoritarian Past, in: Washington Post Foreign Service, 13.2.2000, S. A23.

<sup>90</sup> So Miko Tripalo aus eigenem Erleben in einem Interview, in: Star (Zagreb), (1995) 1, S. 10–17.

<sup>91</sup> Detailliert dazu: Dossier Ustaški revival, in: Feral Tribune (Split), 22.1.1996, S. 19–22.

<sup>92</sup> Davor Butković, Je li Bosna izgubljena za Hrvatsku? [Ist Bosnien für Kroatien verloren?], in: Globus (Zagreb), 18.6.1993, S. 2.

<sup>93</sup> So die Einschätzung von Peter Galbraith, früherer US-Botschafter in Kroatien; erwähnt bei Jeffrey Smith, Croatia Rapidly Abandoning Authoritarian Past, in: Washington Post

So die Planung – die sich allen Warnungen verschloß, auch und gerade solchen aus kroatischen Kreisen, »daß das Projekt einer Schaffung Groß-Kroatiens genau wie Herrn Miloševićs Projekt eines Groß-Serbien in einer Katastrophe enden wird.«<sup>94</sup> Tudjman verursachte noch im Mai 1995 einen internationalen Skandal, als er in London auf einer Speisekarte skizzierte, wie er Bosnien zwischen Kroatien und Serbien aufzuteilen gedenke.<sup>95</sup> Seine Stoßrichtung blieb immer Bosnien, das »als Anhängsel eines vergrößerten Kroatien« fortbestehen sollte.<sup>96</sup> Die historische Begründung dafür lieferte der Historiker Šime Đodan, der auch eine Zeitlang Verteidigungsminister Kroatiens war, mit Argumenten, wie sie Starčević hätten einfallen können: »Bosnien ist die Geschichte hindurch ein integraler Bestandteil Kroatiens«, »die Muslime waren vom Entstehen dieses Staates [Pavelićs NDH 1941, W.O.] begeistert«, »nach dem ethnischen Ursprung ist Bosnien heute zu 90 Prozent kroatisch«, etc.<sup>97</sup> Die Krönung aber lieferte Tudjman, als er 1997 von »genetischen Feinden Kroatiens« sprach und dazu alle Bosnier und Serben zählte.<sup>98</sup>

### (Groß-)Montenegro als staatliches Zufallsprodukt

Solange in Serbien Milošević die uneingeschränkte Macht ausübte, war Montenegro der letzte »Hebel«, den die internationale Gemeinschaft gegen ihn in der Hand hielt. Darum durfte Montenegro nicht nur alles unternehmen, was seine Unabhängigkeit von Belgrad unterstrich – Boykott »jugoslawischer« Gesetze und Institutionen, Einführung der D-Mark als nationale Währung, etc. –, es wurde zudem international fast wie ein souveräner Staat behandelt. Jetzt soll Montenegro nach dem Willen der internationalen Gemeinschaft einen »neu definierten« Staatenbund mit Serbien eingehen, dabei aber das Gros früherer

Sondervollmachten behalten dürfen. Nicht nur in Serbien bezweifeln berufene Experten, daß eine solche Konstruktion eine Zukunft hat.<sup>99</sup> Hat sie keine, dann gibt es auf dem Balkan einen weiteren Kleinstaat, der seine Schwächen in der Ökonomie durch Schmuggel und seine Defizite an nationaler Identität mit Phantasien eines Groß-Staates kompensieren könnte.

Die Republik Montenegro – bis zum 4. März 2002 Teil der Bundesrepublik Jugoslawien, seither (und für drei Jahre) Teil des »neu definierten« Staatenbundes Serbien-Montenegro – mißt heute 13 967 Quadratkilometer, ist also deutlich kleiner als etwa das deutsche Bundesland Schleswig-Holstein (15 764 qkm). In historischer Sicht weist das montenegrinische Territorium nicht ganz das Optimum dieses kleinen Staates auf, der in den Anfängen der osmanischen Eroberung des Balkans bis auf ein Zehntel seines heutigen Umfangs zurückgedrängt war und um 1500 faktisch nur aus der alten Hauptstadt Centinje und ihrem engeren Hinterland bestand und in seiner längsten Ausdehnung keine 100 Kilometer erreichte. Bis 1796 hatte das Ur-Montenegro eine Fläche von 1500 Quadratkilometern, dann verdoppelte es sein Territorium durch die Aneignung der Region Bjelopavlići. Dieser ersten folgten im Verlauf von 120 Jahren noch acht weitere Erwerbungen, wodurch Montenegro bis 1913 sein Territorium nahezu verzehnfachte (15 000 qkm). Serbien hatte dieser »groß-montenegrinischen« Ausdehnung nichts Vergleichbares entgegensetzen, da es 1804 gerade 24 000 Quadratkilometer umfaßte, die sich bis 1913 auf 87 000 vermehrten.<sup>100</sup>

Eine interessante Phase durchlebte Montenegro im Zweiten Weltkrieg, an die freilich später aus begreiflichen Gründen nicht mehr gern erinnert wurde. Mit Kriegsausbruch sah Italien sein Ziel greifbar nahe, die Adria zum Mare nostrum zu machen, weswegen Rom seinen Druck auf Montenegro bis zur faktischen Inbesitznahme steigerte.<sup>101</sup> Die italienische Dominanz wurde als »Unabhängigkeitserklärung« Montenegros deklariert und am 12. Juli 1941 von einer »konstituierenden Nationalversammlung« verkündet.<sup>102</sup>

Dieses Montenegro war territorial nahezu identisch mit der Zeta-Banovina, einer der neuen Territorialeinheiten, die 1929 anstelle der historischen Länder

Foreign Service, 13.2.2000.

<sup>94</sup> Jelena Lovric, The Knife over Bosnia, in: The Independent, 3.8.1992.

<sup>95</sup> Bericht und Karte in: Feral Tribune, 14.8.1995, S. 14–15.

<sup>96</sup> Bosnien – Tudjmans neue Grenzen, in: Der Spiegel, (1997) 46, S. 159.

<sup>97</sup> Šime Đodan (Interview): Pravoslavci u BiH su Hrvati [Die Orthodoxen in Bosnien sind Kroaten], in: Njeljna Dalmacija, 20.1.1999, S. 43–44.

<sup>98</sup> Miljenko Jergović, Predsjednikovo poigravanje genima [Des Präsidenten Spiel mit Genen], in: Tjednik, 31.10.1997, S. 16–17.

<sup>99</sup> Mladan Dinkić, Evropska unija i reforme u Srbiji [Die EU und die Reformen in Serbien], in: Vreme, 13.6.2002, S. 32–34.

<sup>100</sup> Živko M. Andrijašević, Stvarne granice Crne Gore [Die wahren Grenzen Montenegros], in: Monitor, 25.1.2002, S. 32–33.

<sup>101</sup> Montenegro, in: Frankfurter Zeitung, 14.7.1941.

<sup>102</sup> Wortlaut in: Neue Zürcher Zeitung, 14.7.1941.

eingeführt worden waren. Es umfaßte also den Sandžak und Teile des Kosovo und kam dadurch auf eine Größe von rund 30 000 Quadratkilometern mit knapp einer Million Einwohnern. Im Grunde wiederholte sich bei Montenegro das, was in dieser Zeit auch mit Albanien geschah: Zwei balkanische Kleinstaaten gerieten unter die Botmäßigkeit Italiens, wurden territorial enorm vergrößert, politisch von Rom aus dirigiert und ökonomisch ausgebeutet. Als Italien 1943 kapitulierte, erklärten am 11. September Albanien und Montenegro ihre Unabhängigkeit – was nur hieß, daß sie fortan unter deutschem Befehl standen. Mitte Dezember 1943 bildeten die deutschen Militärbehörden in Montenegro einen achtköpfigen Nationalen Generalrat, der »Verfügungen mit ministerieller Vollmacht« traf.<sup>103</sup> Nach 1945 gab es noch einige Territorialveränderungen für Montenegro, das Gebiete an das Kosovo abgeben mußte, dafür aber den adriatischen Naturhafen Boka Kotorska samt Hinterland bekam. Kroatische Nationalisten haben das nie akzeptiert,<sup>104</sup> neuerdings wollen auch serbische Nationalisten Montenegro diesen Besitz streitig machen.<sup>105</sup> Die einen wie die anderen behaupten, die Boka gehöre historisch zu Kroatien bzw. sei 1918 direkt von Österreich-Ungarn an Jugoslawien gelangt.

Wortführer der Serben in dieser Frage ist Gavro Perazić, der dabei mit Ferhat Dinosha, dem Führer der (ca. 50 000) Albaner in Montenegro, eine Sprache findet: Montenegro habe sich im Laufe seiner jüngeren Geschichte auf Kosten Serbiens bzw. Albaniens vergrößert. Die Montenegriner halten dagegen, daß sie nur »eigene historische Territorien« zurückholten, das heißt, »der neuzeitliche montenegrinische Staat als legitimer Nachfolger des mittelalterlichen Staates Duklja und Zeta hat mit der Anfügung benachbarter Gebiete nur das erworben, was ihm bereits einmal gehört hat«. Von diesem Prinzip sei Montenegro nur zweimal abgewichen – als es 1915 nordalbanische Regionen um Shkoder annektierte und als es im Zweiten Weltkrieg das west-kosovarische Metohija zu seinem Bestand zählte –, was inzwischen längst korrigiert sei.<sup>106</sup> Einen Anspruch auf weitere Territorien heute erneut aufzustellen, entspräche dem »Stil« gegenwärtiger balkanischer Groß-Projekte. Bei Monte-

negro käme noch ein weiterer potentieller Konfliktfall hinzu: Zwischen Serbien und Montenegro liegt der Sandžak, der zwischen beiden Ländern geteilt werden müßte, sollte Montenegro jemals ein unabhängiger Staat werden.

### (Groß-)Rumänien als nationalistische Irrealität

Von 1918 bis zum Zweiten Weltkrieg gab es in Südosteuropa den Staat România Mare (Groß-Rumänien), und dieser Staatsname wirkte damals so neutral wie anderweitig etwa Großbritannien. Das postkommunistische Rumänien nennt sich bündig România – ohne jeden Zusatz wie etwa Republica –, und bei einer etwaigen Prüfung auf Anfälligkeit für großstaatliche Ideen würde das Land im Verein mit Bosnien und Makedonien zu den wenigen gehören, die als davon unbelastet angesehen werden könnten. Das wiegt um so mehr, als dem Land seit über einem Jahrzehnt die Wiedervereinigung mit seinen östlichen Landesteilen, der ehemaligen Sowjetrepublik Moldawien, verweigert wird. Was im Falle Deutschlands allgemein akzeptiert war, daß nämlich »ein vereintes Europa mit einem gespaltenen Deutschland ein Unding ist und umgekehrt« (Václav Havel 1990), wird im Falle Rumäniens schlichtweg vergessen. Die Rumänen tragen es mit der für sie charakteristischen Geduld, und diese Geduld läßt auch jene Extremistengruppen nicht zum Zuge kommen, die groß-rumänisches Gedankengut in typisch balkanischer Weise zum politischen Programm erhoben haben.

Als »enigma și miracolul istoric« (Rätsel und Wunder der Geschichte) haben sich die Rumänen immer empfunden, weil die Geschichte ihres Landes und Volkes in völlig ungewohnten Bahnen verlaufen ist. Nur 170 Jahre war die Heimat der Daker und Geten unter römischer Herrschaft (105–275 n.Chr.), aber diese relativ kurze Phase – erheblich kürzer als bei anderen Völkern unter der Hoheit Roms – reichte aus, um nicht nur eine dauerhafte Romanisierung der autochthonen Bevölkerung zu initiieren, sondern auch die »romanitatea românilor« (Romanität der Rumänen) zur »Grundkomponente rumänischen Selbstverständnisses« zu machen: Abstammung, ethnischer Zusammenhang, Geschichtsinterpretation, kollektive Kulturrezeption und Überleben des Volkes wurden stets im Zusammenhang damit gesehen.<sup>107</sup>

<sup>107</sup> Adolf Armbruster, *Romanitatea Românilor – istoria unei*

<sup>103</sup> Meldung in: *Pester Lloyd*, 18.12.1943.

<sup>104</sup> Josip Pečarić, *Kako su komunisti »prodali« Boku Kotorsku* [Wie die Kommunisten die Boka Kotorska »verkauft« haben], in: *Hrvatsko Slovo* (Zagreb), 24.7.1998.

<sup>105</sup> Bericht in: *Jutarnje novine* (Belgrad), 14.12.2001.

<sup>106</sup> Živko M. *Andrijašević*, *Stvarne granice Crne Gore* [Die wahren Grenzen Montenegros], in: *Monitor*, 25.1.2002.

Im 13. Jahrhundert war die Romanisierung abgeschlossen, das heißt, aus romanisierten Dakern und Geten waren Rumänen, aus der Regionalvarietät des Vulgärlateins die rumänische Sprache geworden, und nördlich der Donau etablierte sich mit den Dako-Rumänen der größte Stamm des rumänischen Ethnikums so fest, daß er selbst eindringende Slawenstämme assimilierte.<sup>108</sup> Zeitgleich entstanden die ersten rumänischen Fürstentümer: 1290 die Walachei (Oltenien) unter Basarab, 50 Jahre später die Moldau unter Bogdan, die sich geschickt gegen den von Ungarn und Serben ausgeübten Druck behaupteten. Im 18. Jahrhundert waren die rumänischen »Donau-Fürstentümer« sogar in der günstigen Lage, daß die Osmanen sie nicht mehr völlig beherrschen konnten und die Russen, die unter Katharina II. zur »dominierenden Ostmacht« geworden waren, sie im Interesse des europäischen Gleichgewichts nicht annektieren durften.

Die eigentliche Vereinigung Rumäniens folgte im Verlauf und nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Rumänien hatte lange gezögert, sich überhaupt am Krieg zu beteiligen. Erst im August 1916 trat es aufseiten der Entente ein, und am Kriegsende stand im Herbst 1918 die »unire« (Vereinigung) Transilvaniens, Besarabiens und der Bukowina mit dem Königreich Rumänien, das sich fortan România Mare (Groß-Rumänien) nannte.<sup>109</sup>

Das Vechiul Regat (Alte Königreich) hatte 137 903 Quadratkilometer gemessen und 7,9 Mio. Einwohner gezählt, Groß-Rumänien brachte es auf 294 244 Quadratkilometer und 16,3 Mio. Einwohner. Diese verteilten sich auf zahlreiche Volksgruppen: Rumänen – 11,8 Mio., Ungarn – 1,6 Mio., Juden – 900 000, Ukrainer – 792 000, Deutsche – 725 000, Bulgaren – 290 000, Zigeuner 285 000, Türken – 170 000, etc. Die ethnische Vielfalt und das enorme Entwicklungs- und Erfahrungsgefälle zwischen den einzelnen Landesteilen von Groß-Rumänien bedingten ein sorgsam austariertes Verhältnis zwischen zentralen und dezentralen Elementen in Administration und Legislative, was in der Praxis so ausfiel, daß die Verfassung vom März 1923 der rumänischen Titular-

nation einen gewissen Vorrang einräumte, während die aus ihr folgenden Verwaltungsbestimmungen den einzelnen Regionen ein hohes Maß an administrativer und politischer Autonomie zubilligten.<sup>110</sup>

Nach noch nicht einmal zwei Jahrzehnten war Groß-Rumänien wieder am Ende, obwohl es die üblichen Balkan-Mängel – politische Radikalisierung und ökonomischen Niedergang – relativ gut überstanden hatte.<sup>111</sup> Ende Juni 1940 wurde Rumänien durch deutschen Druck gezwungen, Besarabien und die Bukowina an die Sowjetunion abzugeben. Am 30. August 1940 folgte der zweite Wiener Schiedsspruch, durch den Rumänien rund 44 000 Quadratkilometer in Nord-Transilvanien und ca. 2,5 Mio. Einwohner an Ungarn verlor. Und im Vertrag von Craïova überließ es am 7. September 1940 schließlich die südliche Dobrudsha Bulgarien.<sup>112</sup> Rumänien hatte rund 33 Prozent seines Territoriums und 34 Prozent seiner Bevölkerung verloren und umfaßte noch 193 569 Quadratkilometer, als es (wie auch Ungarn) auf deutscher Seite in den Krieg gegen die Sowjetunion eintrat.<sup>113</sup> Im Krieg wurden Besarabien und die Bukowina zurückerobert, dazu Transnistrien bis Odessa annektiert – nicht für lange. Am 23. August 1944 scherte Rumänien aus der deutschen Front aus und besiegelte so die Niederlage der deutschen Truppen in Südosteuropa.<sup>114</sup>

Der einstige administrative Begriff România Mare ist im postkommunistischen Rumänien zum Signum eines rechtsextremen, nationalistischen Netzwerks geworden, dessen Mittelpunkt Corneliu Vadim Tudor ist (\*1949), der »poet al casei« (Hofdichter) des Diktators Nicolae Ceauşescu. Lange nach dessen Sturz und der rumänischen Revolution (Dezember 1989) gründete er am 20. Juni 1991 seine Partidul România Mare (Partei Groß-Rumänien, PRM), die zeitweilig eine Regierungskoalition mit Iliescus Sozialdemokraten (PDSR) eingegangen war. Im September 1992 wurde Tudor für Bukarest in den Senat des rumänischen Parlaments gewählt, wo er als dessen Sekretär

idei [Die Romanität der Rumänen – Geschichte einer Idee], Bukarest 1993.

**108** Manfred Huber, Grundzüge der Geschichte Rumäniens, Darmstadt 1973 (Grundzüge Bd. 23), S. 10ff.

**109** Eine bemerkenswerte Vielfalt relevanter Dokumente zu Krieg und Vereinigung sind gesammelt bei Viorica Moisuc, Basarabia Bucovina Transilvania – Unirea 1918, Bukarest 1996.

**110** C. G. Rommenhoeller, La Grande-Roumanie, La Haye 1926, passim.

**111** Wolf Oschlies, Rumäniendeutsches Schicksal 1918–1988: Wo Deutsch zur Sprache der Grabsteine wird..., Köln/Wien 1988.

**112** Alfred Thoss, Die Umsiedlungen und Optionen im Rahmen der Neuordnung Europas, in: Geopolitik, (1941) 3, S. 125–136.

**113** Walter Hoffmann, Rumänien von heute, Leipzig 1941, S. 6ff.

**114** Huber, Grundzüge [wie Fn. 108], S. 127ff.

amtierte. In seiner Zeitung »România Mare« pflegt Tudor einen aggressiven Nationalismus, der ihm viele Prozesse eintrug und, erstmalig in der Geschichte des Parlaments, eine Aufhebung seiner Immunität als Abgeordneter. Geschadet hat ihm das nicht: Die PRM kann stets auf gut 20 Prozent der rumänischen Wählerstimmen rechnen.

Die Programmdokumente der PRM, insbesondere ihre »Doctrina Națională«, sind Zeugnisse eines extremen Nationalismus nach innen und einer ausgeprägten Xenophobie nach außen – typische Eigenheiten ehemaliger Mitarbeiter kommunistischer Geheimdienste, die den Kern der PRM bilden.<sup>115</sup> Deren Hand läßt sich auch in den »Prioritäten« der Parteiarbeit vom September 2000 erkennen, unter denen beispielsweise genannt werden: »Rückholung des seit 1917 in Rußland zurückgehaltenen Staatsschatzes«, »Rehabilitierung des Prestiges der Rumänischen Armee«, »Gründung eines Komitees zur Untersuchung antirumänischer Aktivitäten« (Comitet pentru Cercetare Activităților Antiromânești), »Wiederherstellung der rumänischen Staatsautorität in den Bezirken Harghita und Covasna« (in denen zahlreiche Ungarn leben), »Beschleunigung einer friedlichen und irreversiblen Wiedervereinigung mit Besarabien und der Bukowina«, Festigung des »rumänischen nationalen Einheitsstaates«.<sup>116</sup>

### (Groß-)Serbien als Verlierer-Option

Die Serben sind das größte Volk unter den Südslawen. Nach Aussage des UNHCR hält es gegenwärtig noch einen weiteren Rekord: Relativ zur Bevölkerungszahl beherbergt es die meisten Flüchtlinge. Zudem ist es ökonomisch das ärmste Volk (oder war es bis 2001), und für alle seine Mankos gibt es eine Ursache: Serbien ist in jüngster Zeit von Politikern zerstört worden, die die »Macht im Namen der Geschichte verlangten«. Zu dieser Geschichte gehört vorrangig die »Idee von Groß-Serbien« (ideja o velikoj Srbiji), und beide sollte man »an den Ort bringen, wo sie hingehören, ins Archiv der Irrtümer des serbischen Volkes«.<sup>117</sup>

<sup>115</sup> Edith Lhomel, Double langage du pouvoir roumain, in: Le Monde diplomatique, März 2001, S. 18.

<sup>116</sup> Wortlaut in: [www.romare.ro/partid/50masuri.html](http://www.romare.ro/partid/50masuri.html) (eingesehen am 5.8.2002).

<sup>117</sup> Nadežda Radović, Da li smo završili sa snovidjenjima Velike Srbije? [Haben wir mit den Traumgebilden von Groß-Serbien Schluß gemacht?], in: Bulevar (Belgrad), 23.11.2001.

»Erst wenn es klein sein wird«, lästerte im März 2002 der serbische Aphoristiker Zoran Rankić, »wird Groß-Serbien bestehen.« So kann man es auch sagen – daß jeder Versuch, ein imaginiertes Groß-Serbien zu erlangen, damit endete, daß das real existente Serbien schmerzhaft verkleinert wurde. Milošević war, was die Minimierung Serbiens angeht, besonders aktiv, allerdings ohne jeden Konnex mit Groß-Serbien, obwohl ihm gerade dies in der internationalen Publizistik fast schon inflationär nachgesagt wird. Serbische Analytiker und Regimekritiker wie Nebojša Popov haben Milošević als skrupellosen Populisten beschrieben, der aber keinen Gedanken an ein »Groß-Serbien« verschwendete.<sup>118</sup> Bei genauerer Prüfung wird es auch jedem anderen sehr schwer werden, ja unmöglich sein, in Miloševićs Äußerungen entsprechende Belege zu finden. Das betrifft vor allem die späten 80er Jahre des 20. Jahrhunderts, als er, damals kommunistischer Führer in Serbien, bei seinem repressiven Vorgehen gegen den albanischen Nationalismus im Kosovo auf die Beseitigung des allgemeinen Mißtrauens gegen Serbien und Beistand für dieses hoffte: »Serbien hat, wie bekannt ist, keinerlei Ansprüche auf Territorien anderer Republiken, aber es hat Anspruch auf das Territorium seiner eigenen Republik. [...] Und dabei erwartet Serbien die Unterstützung aller Republiken.«<sup>119</sup>

Es ist zwecklos und irreführend, von den eigentlichen und nachweisbaren Verbrechen dieses Mannes ablenkend in Milošević den Ideologen und Inspirator groß-serbischer Unternehmungen zu suchen. Das besorgten andere, vor allem Vojislav Šešelj, Vorsitzender der Serbischen Radikalen Partei (SRS), der sich im März 1991 in Belgrad so vernehmen ließ: »Wir haben doch heute gar keinen Staat Serbien. Denn der Staat Serbien, für den wir eintreten, ist ein Serbien, zu dessen Bestand Kosovo, Metohija, Vojvodina, Makedonien, Montenegro, Bosnien, Herzegowina und weitere gehören.«<sup>120</sup>

Titos Partisanen hatten am 29. November 1943 im bosnischen Jajce eine Neugliederung Jugoslawiens »auf föderativer Grundlage« beschlossen. Eine exakte Grenzziehung hatte man für später vorgesehen, aber

<sup>118</sup> Nebojša Popov, Srpski populizam – Od marginalne do dominantne pojave [Serbischer Populismus – Von einer marginalen zur dominanten Erscheinung], Beilage zu: Vreme, 24.5.1993.

<sup>119</sup> Slobodan Milošević, Godine raspleta [Jahre der Verwirrung], 4. Auflage, Belgrad 1989, S. 264ff.

<sup>120</sup> Zit. in einem Film über Milošević im Montenegrinischen Fernsehen (TVCG), 26.9.2000.



allein die Absicht, »für fünf Völker sechs föderative Einheiten« zu schaffen, löste eine Gegenbewegung unter den Serben aus. Bei denen kämpften noch die Četnici von Dragoljub Mihajlović, und die veranstalteten Ende Januar 1944 als Antwort auf Jajce ihren »Kongreß des Heiligen Sava«, auf welchem nochmals das 1941 entstandene Konzept eines »homogenen Serbien« bekräftigt wurde. Dieses umfaßte nicht nur die von Šešelj genannten Territorien, sondern weiterhin Gebiete in Südungarn (Pecs – Baja – Szeged), Südwestrumänien (Timișoara – Reșița), Westbulgarien (Vidin – Kjustendil), Nordalbanien (Shkodër) und fast ganz Dalmatien samt der Adriaküste bis Zadar.<sup>121</sup>

In modifizierter Form hat das Konzept bis in die späten 90er Jahre des 20. Jahrhunderts bestanden, getragen vor allem von dem Romancier Vuk Drašković und seiner Serbischen Erneuerungsbewegung (SPO). Drašković – ein Bewunderer von Mihajlović und den Četnici, für deren »Rehabilitierung« er streitet – konkretisierte 1997 seine groß-serbischen Visionen: »Natürlich ist eine neue Balkan-Föderation nötig, aber sie kann allein unter der Ägide der serbischen Monarchie gebildet werden, und zu ihr werden mit der Zeit alle Völker der Region stoßen. [...] In Zukunft werden alle Völker Bosniens ihre nationalen Rechte als Teil eines neuen Serbischen Commonwealth ausleben können.«<sup>122</sup>

Als Urheber groß-serbischer Ansprüche (und ihrer Begründung mit »historischem Recht«) gilt Ilja Garašanin (1812–1874). Als serbischer Innenminister entwarf er 1844 ein Regierungsprogramm, dessen außenpolitischer Teil später als »Načertanije« (Entwurf) bekannt wurde. Darin verfolgte Garašanin, beeinflusst von tschechischen und polnischen Vorläufern, zwei Gedanken: Serbien von den Osmanen völlig zu befreien und es nicht unter den Einfluß Österreichs und Rußlands geraten zu lassen. Das Ende des Osmanischen Imperiums schien bevorzustehen, und Rußland und Österreich betrachteten sich als dessen Erben auf dem Balkan. Um die Befreiung Serbiens zu fördern und seine erneute Fremdbeeinflussung zu verhindern, postulierte Garašanin eine staatliche Kontinuität des Groß-Reichs Dušans aus dem 14. Jahrhun-

dert, die als Vereinigung aller Serben realisiert werden sollte.<sup>123</sup>

Im Grunde gab es nur einen wirklichen Groß-Serben: Stevan Moljević (1888–1967), ein Jurist aus Banja Luka, der im Zweiten Weltkrieg Berater des Četnik-Führers Mihajlović war und diesem im Juni 1941 sein Konzept für ein »homogenes Serbien« unterbreitete. Bei dessen Bemessung bediente sich der Autor ungehemmt bei ungarischen, rumänischen, bulgarischen, albanischen und kroatischen Territorien.<sup>124</sup> Zur Begründung hieß es, den Serben sei als erste und grundlegende Pflicht auferlegt, ein homogenes Serbien zu schaffen und zu organisieren, das das gesamte ethnische Gebiet umfaßt, auf dem Serben leben, und in ihm notwendige strategische und Verkehrslinien und -knotenpunkte sowie Wirtschaftsgebiete zu sichern, damit für alle Zeiten ein freies wirtschaftliches, politisches und kulturelles Leben und eine Entwicklung möglich und sicher würden.

Das Memorandum von Moljević ist gerade in Serbien noch immer als abschreckendes Beispiel bekannt, auch wenn man dort – nur dort – darauf hinweist, daß es zeitgleich zur Realisierung von Groß-Kroatien unter dem Regime der Ustaše entstand.<sup>125</sup> Diese nicht unwesentliche Parallele fehlt anderswo, dafür gibt es außerhalb Serbiens Aussagen über den Groß-Serbismus, die in Kenntnis der Details absurd wirken. Als »Groß-Serbe« wird etwa der (in Deutschland bestens bekannte) Geograph Jovan Cvijić (1865–1927) angeführt, aus dessen Werken<sup>126</sup> man nur erfahren kann, was »Grenzen« auf dem Balkan sind und welche Probleme sich ergeben, wenn man natürliche Grenzen und ethnische Abgrenzungen im Dienste einer »Selbstbestimmung der Völker« zu staatlichen Demarkationslinien umwidmen will. Als Groß-Ideologe wird weiterhin Vasa Čubrilović angesehen. Čubrilović (1897–1991) war in jungen Jahren ein serbischer Terrorist in Bosnien, später ein extrem nationalistischer Historiker, der in den 30er und 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts in zwei Memoranden die totale Vertreibung aller Albaner aus Jugoslawien propagierte.<sup>127</sup> Dieser Autor wäre längst vergessen, würden

<sup>121</sup> Marko Pavlović, *Od Velike do Male Srbije* [Vom großen zum kleinen Serbien], in: *Pogledi* (Novi Sad), 6.9.1991, S. 12–15.

<sup>122</sup> Jean Arnault *Déréns*, *Rude Awakening for the Orphans of »Greater Serbia«*, in: *Le Monde diplomatique*, November 1997 (englische Übersetzung in: [www.en.monde-diplomatique.fr/1997/11/serbia.html](http://www.en.monde-diplomatique.fr/1997/11/serbia.html)).

<sup>123</sup> Edgar Hösch, *Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart*, 2. Aufl., München 1993, S. 155.

<sup>124</sup> Vgl. die Karte in: *Pogledi* (Kragujevac), 6.–20.9.1991.

<sup>125</sup> Nenad *Canak et al.*, *Regional Integrations? The Wars that Came and Might Yet Come*, in: *East European Constitutional Review*, (2001) 2–3.

<sup>126</sup> Vgl. vor allem Jovan *Cvijić*, *Govori i članci* [Reden und Artikel], Belgrad 1921.

<sup>127</sup> Text und Kommentar bei Wolfgang *Petrtsch et al.*, *Kosovo*

seine Tiraden nicht von Zeit zu Zeit in albanischen Medien nachgedruckt.<sup>128</sup> Ćubrilović war ein Volksverhetzer und ähnliches mehr, aber kein Groß-Serbe.

Verfehlt erscheint es auch, das sogenannte Akademie-Memorandum vom September 1986 als groß-serbisches Plädoyer einzuordnen. Streng genommen hat es niemals ein solches Memorandum gegeben, vielmehr einen Entwurf einer kleinen Gruppe von Mitgliedern der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (SANU),<sup>129</sup> den die Institution selber nicht akzeptierte.<sup>130</sup> Als erste Auszüge aus dem Entwurf im Westen auftauchten, empfand man sie als »sensationelles Papier« und druckte sie nach.<sup>131</sup> Und das war der Entwurf auch – der zum größeren Teil die Wirtschaftsschwächen Jugoslawiens, zum kleineren die Lage der Serben innerhalb und außerhalb Serbiens analysiert und dabei einige gefährliche Tatsachen erwähnte, beispielsweise die offene oder versteckte Benachteiligung Serbiens als Teilrepublik und der Serben in anderen Teilrepubliken.<sup>132</sup> Das SANU-»Memorandum« war direkt weder gefährlich noch groß-serbisch. Allerdings wurde es rasch dazu, nachdem sich inferiore Machtpolitiker wie Milošević seiner eklektizistisch bedienten und zum Beispiel die Passagen über die geminderte Staatlichkeit Serbiens nutzten, um im Namen einer »Restitution der Staatlichkeit Serbiens« ihr diktatorisches Regime über die autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo auszuweiten. Das war kein Groß-Serbismus (den Milošević ohnehin nur in der nichtssagenden Simplifizierung seines Diktums »Alle Serben in einem Land« rezipiert hatte).

Ob man Milošević groß-serbischer Aspirationen beschuldigt oder nicht, ist insofern unwesentlich, als er lange Jahre die Zentralfigur eines extremistischen Spektrums war, in dem sich groß-serbische Gedanken ohnehin mit rassistischen, aggressiven, militaristischen, xenophoben, konspirativen Überlegungen und Taten vermengten. Die schillerndste Figur in diesem Kreis war Šešelj (\*1954) als Führer der Serbischen

– Kosova. Mythen, Daten, Fakten, Klagenfurt/Wien/Ljubljana/Tuzla/Sarajevo 1999, S. 114ff.

**128** In: Dardania (Wien), (1993) 2–3, S. 180–200; Kristaq Prifti et al. (Hg.), The Truth on Kosova, Tirana 1993, S. 178ff.

**129** Velizar Zečević, Memorandum jedne akademije [Das Memorandum einer Akademie], in: NIN, 26.10.1986, S. 14–15.

**130** Details in einem »Dossier«, in: Vreme (Belgrad), 17.7.1995, S. 40–47.

**131** In: Die Welt, 10.11.1986.

**132** Wortlaut in: Naše teme (Zagreb), (1989) 1–2, S. 128–163; umfangreiche Auszüge bei Detlef Kleinert, Inside Balkan – Opfer und Täter, Wien/München 1993, S. 98ff.

Radikalen Partei (SRS). Deren Parteiblatt heißt bezeichnenderweise »Velika Srbija« (Groß-Serbien). Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde Šešelj in Westeuropa als bedauernder »Dissident« herumgereicht, obwohl er zu keiner Zeit ein Hehl aus seinen groß-serbischen Ansichten gemacht hat. Noch Anfang 1996 erklärte er in einem Interview,<sup>133</sup> daß »wir« gern in die NATO-Partnerschaft für den Frieden eintreten würden, allerdings nur unter der Bedingung, daß man serbischen Truppen die Kontrolle über etwa zwei Drittel des kroatischen Territoriums überlasse; das seien serbische Gebiete, »die wir nie aufgeben und unter geeigneten historischen Umständen zurückbekommen werden«. 1998 bekannte er sich dazu, die Westgrenze Serbiens entlang der Linie Virovitica–Karlovac–Karlobag ziehen zu wollen, also außer ganz Bosnien auch ganz Slavonien und Dalmatien zu vereinnahmen.<sup>134</sup>

### (Groß-)Ungarn als nationalistische Selbstschädigung

Hat sich die NATO im März 1999 mit Ungarn einen typisch balkanischen Unruhestifter in die Allianz geholt, der ständig mit unnötigen, unbedachten Erinnerungen an Groß-Ungarn politische Beben im regionalen Umfeld auslöst? Ende 2001 und im Frühjahr 2002 haben ungarische Spitzenpolitiker die nationale Karte gespielt – in einer Weise, die in Ost- und Südosteuropa für beträchtliche Aufregung sorgte. Budapests Versuch, die Ungarn im Ausland per »Statusgesetz« enger an Ungarn zu binden – angenommen die »österreichischen Ungarn, denn denen geht es so gut, daß sie keine Hilfe von Budapest benötigen« –, stieß in Bratislava, Kiew, Bukarest, Belgrad, Zagreb, Ljubljana etc., also in allen Staaten mit ungarischen Minderheiten, auf deutliche Ablehnung.<sup>135</sup> Die Erklärung des ungarischen Premiers Viktor Orbán, Tschechien und die Slowakei dürften erst dann in die EU kommen, wenn sie die »Beneš-Dekrete« (mit denen der tschechoslowakische Präsident im Sommer 1945 Repressalien gegen Deutsche und Ungarn im Lande verfügt hatte) außer Kraft setzten, wurde im Ausland als arrogante Anma-

**133** In: Vreme, (1996) 2–3.

**134** Interview in: Dani (Sarajevo), 25.11.1998.

**135** Srdjan Bašić, Istorijski uspeh ili diplomatski fijasko [Historischer Erfolg oder diplomatisches Fiasko], in: Bulevar, 22.2.2002.

**Tabelle 2**  
**Verluste Ungarns im Vertrag von Trianon 1920**

Ungarn	bis 1918	nach 1920
Größe (qkm)	282 870	91 114
– Territorium an Rumänien		102 114
– Territorium an Tschechoslowakei		62 937
– Territorium an Jugoslawien		20 956
– Territorium an Österreich		4 798
Bevölkerung (Mio.)	18,264	7,481
– Bevölkerung an Rumänien		5,265
– Bevölkerung an Tschechoslowakei		3,578
– Bevölkerung an Jugoslawien		1,499
– Bevölkerung an Österreich		0,344

Alexander Matlekovits, Ungarn nach dem Friedensschluß, in: Neue Freie Presse, 5.12.1922.

ßung empfunden.<sup>136</sup> Generell registriert man im benachbarten Ausland (das bis 1918 zum groß-ungarischen Reich der Stefanskronen gehört hatte), daß Budapest seit 1990 offenbar groß-ungarische Konzepte zur Basis seiner Außenpolitik macht und dafür die Ungarn in der Diaspora gewissermaßen als Fünfte Kolonne einzusetzen gedenkt.<sup>137</sup>

Das postkommunistische Ungarn ist ein mustergültiger Partner der internationalen Gemeinschaft, seit März 1999 vollwertiges Mitglied der NATO und erst-rangiger Kandidat für eine EU-Mitgliedschaft. Wenn es seine internationalen Partner durch seine ethnozentrische Außenpolitik verwirrt<sup>138</sup> – wie seit Jahresende 2001 mit dem sogenannten Statusgesetz über die Diaspora-Ungarn als Teile der »einheitlichen ungarischen Nation« –, dann steckt dahinter ein Komplex, den Nicht-Ungarn nicht verstehen können. Für Ungarn aber ist er konstitutiv, wie Miklos Patrubany, Vorsitzender des Ungarischen Weltkongresses, kurz nach seiner Wahl 2000 erklärte: »Ein Ungar ist jemand, der unter Trianon leidet.« Das heißt, daß man als Ungarn noch immer den Friedensvertrag von Trianon 1920 verdammt, der das habsburgische Ungarn sozusagen auf sein magyarisches Kernland verkleinerte. Seither beklagen die Ungarn, daß ein

Streifen von 120 Kilometern jenseits der Landesgrenzen von Leuten ungarischer Muttersprache besiedelt sei, und sehnen sich nach Groß-Ungarn zurück, in dem weit größere Landstriche von Nicht-Ungarn bevölkert wurden. Wie zur Bestätigung dessen kam es Mitte Januar 2002 zu einer slowakisch-ungarischen Auseinandersetzung. Der slowakische Außenminister Eduard Kukan verwahrte sich gegen eine Äußerung des ungarischen Premiers Viktor Orban, der im laufenden Wahlkampf über die »Wiedervereinigung von Großungarn« gesprochen haben soll. Nach slowakischen Pressemeldungen hatte Orban Tage zuvor gefordert, daß sich das ganze ungarische Volk nach achtzig Jahren endlich wiedervereinige und Großungarn bilde, womit es seine Geschichte erfülle.

»Wiedervereinigung nach achtzig Jahren«, »Groß-Ungarn« etc. sind die spezifisch ungarischen Schlüsselbegriffe, die augenblicklich auf Trianon verweisen. Der am 4. Juni 1920 nach monatelangen Verhandlungen mit Österreich und Ungarn geschlossene Friedensvertrag brachte für Ungarn folgende Verluste an Territorien und Bevölkerung (s. Tabelle 2).

Die Bestimmungen von Trianon hatten drei verheerende Konsequenzen für das Land. Zum einen war die »goldene Periode«, die Ungarn von 1867 bis 1914 eine wirtschaftliche Blütezeit verschafft hatte, definitiv zu Ende.<sup>139</sup> Zum zweiten wurde die Vorstellung, Trianon

<sup>136</sup> Srdjan Bašić, Egzodus i kolektivna krivica [Exodus und Kollektivschuld], in: Bulevar, 29.3.2002.

<sup>137</sup> Detailliert dazu Rudolf Chmel, Syndrome of Trianon in Hungarian Foreign Policy and Act on Hungarians Living in Neighboring Countries, in: Slovak Foreign Policy Affairs (Bratislava), (Frühjahr 2002), S. 93–106.

<sup>138</sup> Daniel Brössler, Auf der Zielgeraden – Ungarn wird unter den Neuzugängen sein, in: Süddeutsche Zeitung, 15.11.2001.

<sup>139</sup> Paul Jonas, The Economic Consequences of Trianon, in: Total War and Peacemaking. A Case Study on Trianon, New York: Brooklyn College Press distrib. by Columbia University Press, 1982 (B. K. Kiraly/P. Pastor/I. Sander [Hg], War and Society in East Central Europe, Bd. VI: Essays on World War I,

um jeden Preis revidieren zu müssen, zur nationalen Obsession, die jedwede politische, ökonomische und soziale Konsolidierung verhinderte und ungarischer Politik einen unverkennbar reaktionären Charakter verlieh.<sup>140</sup> Zum dritten wurde Ungarn förmlich an die Seite von Hitlers Deutschland gedrängt: »Ungarn würde höchstwahrscheinlich seine territorialen Ansprüche in einem Bündnis mit diesem durchsetzen, und unter den Großmächten ist Deutschland in jedem Fall Ungarns unvermeidlicher natürlicher Partner.«<sup>141</sup> Ende 1938 sollte sich Ungarns Zusammengehen mit Deutschland erstmals »auszahlen«, allerdings etwas geringer, als das Land gehofft hatte. Nach dem Münchner Abkommen, das das Sudetenland von der Tschechoslowakei »amputierte«, hatte Ungarn die Rückgabe von 14 153 Quadratkilometern slowakischen und karpato-ukrainischen Gebiets mit 1,090 Einwohnern gefordert. Nach dem ersten Wiener Schiedsspruch (2. November 1938) bekam es 12 400 Quadratkilometer mit ca. 1,7 Mio. Einwohnern.<sup>142</sup> Dieses Gebiet war überwiegend agrarisch, aber die industriell-urbane Blutzufuhr folgte umgehend: Durch den zweiten Wiener Schiedsspruch (30. August 1940) wurden Ungarn 43 492 Quadratkilometer rumänischen Territoriums mit 2,5 Mio. Einwohnern, darunter fast die Hälfte Rumänen, zugesprochen; erst dadurch bekam Ungarn jene Rohstoffe und Industriekapazitäten, die es als »Achsenpartner« für Deutschland interessant machten.<sup>143</sup>

Die Komplizenschaft mit Deutschland hatte für Ungarn Folgen, gegen die sich Trianon noch milde ausnahm: Seit Ende 1943 versuchte es vergeblich, aus der Kriegsallianz mit Hitler herauszukommen. Im März 1944 wurde es von deutschen Truppen besetzt, da Berlin befürchtete, Ungarn werde wie zuvor Italien die Seiten wechseln. Im Oktober 1944 übernahmen die faschistischen Pfeilkreuzler die Macht und verfügten eine »Totalmobilisierung« der Bevölkerung. Die Konferenz von Teheran überantwortete Ungarn den Sowjets zur Besetzung. 1945 wurde ein Waffenstill-

stand geschlossen, am 1. Februar 1946 die Republik ausgerufen. Die seit 1938 inkorporierten Territorien mußte Ungarn im Friedensvertrag von Paris 1947 zurückgeben – mit 93 032 Quadratkilometern war es nur unwesentlich größer als zu Zeiten von Trianon.

Wollte Viktor Orbán eine revisionistische Wende einleiten, Jahrzehnte nach dem Krieg und nach langen Jahren eines postkommunistischen Neuanfangs? Wenige Politiker kennen Orbán so gut wie der slowakische Premier Mikuláš Dzurinda, dem auch die »riskanten« Überlegungen des Ungarn ein Begriff waren: Orbán wollte den Rechtsradikalen István Csurka kaltstellen und »ihm die Wähler wegnehmen«. Deshalb bezeichnete er sich im Wahlkampf als »Premier von 15 Millionen Ungarn«, addierte also Millionen Landsleute im Ausland zur Bevölkerung in Ungarn hinzu, und wagte den bedenklichen Flirt mit dem untergegangenen Groß-Ungarn. Sein Konzept ging nicht auf. Er verlor die Wahl gegen den Oppositionsführer, den Sozialisten Péter Medgyessy.<sup>144</sup>

Teil 4: The Settlement and Its Repercussions), [www.hungary.com/corvinus/lib/tria/tria40.htm](http://www.hungary.com/corvinus/lib/tria/tria40.htm).

**140** William Batkay, Trianon: Cause or Effect – Hungarian Domestic Politics in the 1920's, ebd.; [www.hungary.com/corvinus/lib/tria/tria38.htm](http://www.hungary.com/corvinus/lib/tria/tria38.htm).

**141** Suspense in Hungary – The Eternal »If«, in: The Times, 21.7.1938.

**142** Berichte in: Pester Lloyd, 10.11. und 9.12.1938; Karte der erworbenen Gebiete in: Frankfurter Zeitung, 4.11.1938.

**143** Wilhelm F. Packenius, Ungarn als Achsenpartner, in: Deutsche Allgemeine Reichszeitung (Berlin), 24.11., 28.11., 30.11., 5.12. und 7.12.1940.

**144** Interview mit Dzurinda in: Týden (Prag), (2002) 18, S. 47.

## Resümee und Ausblick oder: Empfehlungen für »Badinter II«

Im Jahre 1991 schickte die damalige Europäische Gemeinschaft – um Deutschlands Drängen nach Anerkennung Kroatiens zu begegnen – den französischen Verfassungsrichter Robert Badinter nach Jugoslawien, um zwei Fragen zu klären: Wollen, erstens, die präsumptiven Nachfolgestaaten von Titos Jugoslawien überhaupt anerkannt werden? Und können sie, zweitens, mit Blick auf die in ihnen waltenden demokratischen Freiheiten und Minderheitenrechte auch anerkannt werden? Diese Prüfung haben nur zwei Staaten bestanden: Makedonien und Slowenien (in dieser Reihenfolge). Aber anerkannt wurden am 15. Januar 1992 Kroatien und Slowenien. Käme im Jahre 2002 erneut eine Badinter-Kommission auf den Balkan und prüfte etwa die EU-Tauglichkeit der dortigen Länder anhand der Frage, wie sie es mit Mythen, Projekten und Plänen eigener Groß-Reiche hielten, dann käme heraus, daß nahezu alle Balkanländer mehr oder weniger an dem Virus Groß-Staaten-Illusionen bzw. -Erinnerungen kränkeln, und dieser Zustand zwänge die (imaginierte) Kommission »Badinter II« zu einigen Befunden.

Der erste Befund wäre, daß die Propagierung von Groß-Projekten prinzipiell kein strafwürdiger Tatbestand ist. Daan Everts, ehemaliger OSZE-Repräsentant für das Kosovo, hat anlässlich der dortigen Wahlen im November 2001 mehrfach bekundet, daß er »keine Probleme« damit habe, ob die eine Gruppe das Kosovo bei Serbien belassen, die andere es einem »ethnischen« Albanien anschließen wolle. Die einen wie die anderen nähmen lediglich ihr demokratisches Recht auf freie Meinungsäußerung wahr. Die (zeitweilige) rechtliche Unbedenklichkeit des politischen Diskurses in »Groß-Termini« täuscht indessen nicht darüber hinweg, daß dieser immer eine Drohung enthält, sei sie nur verbal oder bereits real. Wenn sie real ist, etwa in der Form kroatischer und serbischer Beteiligung am Krieg in Bosnien 1991–1995, dann ist die internationale Gemeinschaft zur Intervention gezwungen, und allein dieser Zwang verdeutlicht, daß man zu spät gekommen ist. Rechtzeitig Einfluß zu nehmen bedingt jedoch, eine klare Vorstellung von der Art, Vielfalt, Form und »Tarnung« dieser Groß-Projekte zu haben.

Wie real eine solche Drohung ist, läßt sich mitunter nicht auf den ersten Blick erkennen, ist aber bei genauerem Hinsehen unverkennbar. Beispielsweise hielt im Sommer 2001 die Nationale Bewegung für die Befreiung Kosovos (LKÇK) in Prishtina ihren 5. Parteitag ab, auf welchem die Forderung nach einer »nationalen Vereinigung« aller Albaner sämtliche Debatten beherrschte; nur eine solche Vereinigung könne die »albanische Frage« lösen und zur Stabilisierung des Balkans beitragen, da nur dann die Albaner nicht weiter als »Unruhepotential« auftreten würden.<sup>145</sup> Natürlich wurde mit keinem Wort erwähnt, wieviel Unruhe bei Nicht-Albanern aufkäme, wenn die erstrebte »nationale Vereinigung« der Albaner derart abliefe. Nun kann man sagen, daß die LKÇK eine bedeutungslose Splitterpartei ist, die bei den Wahlen im November 2001 ganze 8725 Stimmen (1,11%) erreichte. Aber eine solche Sicht könnte eine Selbsttäuschung sein: Auf dem Parteitag sprachen auch hohe UÇK-Vertreter, die die LKÇK dafür lobten, daß sie als einzige politische Gruppe diese Idee der Vereinigung propagiere. Die UÇK ist offiziell zwar aufgelöst, real aber noch sehr wirksam, so daß solches Lob einiges zu denken gibt.

Vereinigungen wie die LKÇK und ihre Gleichgesinnten verdeutlichen exemplarisch eine bestimmte Ausprägung von Groß-Projekten und deren Ideologien: Man redet ständig von ihnen und tut buchstäblich nichts, um sie in irgendeiner Weise vorzubereiten. Wie einleitend ausgeführt, sind Groß-Projekte in aller Regel eine Flucht vor aktuellen Realitäten, und die seit Juni 1999 im Kosovo bestehende Realität mutet wie eine Bestätigung dessen an: Die Arbeitslosigkeit ist hoch und steigt weiter, Industrie und Schulwesen stagnieren auf niedrigstem Niveau, Administration und Justiz sind Kampfplätze, auf denen Clans und Parteien um Pfründen streiten, um ihre jeweilige Klientel unterzubringen, Kultur und Literatur sind kaum mehr als die Membranen einer nationalistisch-heroischen Propaganda, etc. Das alles läuft im Umkreis einer sehr »jungen« Gesellschaft ab, deren

<sup>145</sup> Stephan Lipsius, »Die nationale Vereinigung dient der politischen Stabilität in der Region«, in: Südosteuropa, (2001) 4–6, S. 190–197.

Altersdurchschnitt deutlich unter 30 Jahren liegt, und es läuft innerhalb von Strukturen ab, die sich immer wieder als ungeeignet erweisen, gerade jungen Menschen eine »zivile« Perspektive zu eröffnen. Die realpolitische Inferiorität der Strukturen wird durch die ideologischen und stilistischen Eigenheiten der Groß-Projekte übertönt, wobei sich heroische Appelle an die eigene Bevölkerung, die durchgehend politisch-»korrekte« Stilisierung an die internationale Gemeinschaft richten. Dahinter steht die Absicht, die eigenen Leute durch Verheißungen ruhig zu halten und die internationale Gemeinschaft durch Insistieren auf (scheinbar) berechtigten Zielen müde zu machen. Der Versuch ist (wie jeder Versuch) nicht strafbar, könnte im Erfolgsfall jedoch zu höchst strafwürdigen Konsequenzen führen. Man stelle sich nur vor, die Verhältnisse im gegenwärtigen Kosovo würden auf die Nachbarregionen ausgeweitet – unter den Augen von UNMIK, KFOR, EU, NATO etc. Der Horror, den eine solche Antizipation unweigerlich enthält, sollte hinreichen, schon beim Auftauchen erster Anzeichen einzuschreiten.

Wo es auf dem Balkan »Groß-Ideen« gibt, verweist ihr bloßes Vorhandensein auf Defizite – in der Nationenbildung früherer Zeiten, in der politischen Kultur aktueller Regime, im demokratischen Bewußtsein der Bürger. Diese Defizite sind ihrerseits indikativ für die Natur eines Regimes, für die Denkart eines Politikers, für den Umgang mit der Geschichte, für die Friedensfähigkeit gegenüber Nachbarn, für das staatsbürgerliche Niveau einer Gesellschaft und anderes mehr. Daran ändert auch das Faktum nichts, daß es *das* eine Modell dieser Ideen nicht gibt. Die vorliegende Darstellung hat auf die ethnische, regionale, historische etc. Variabilität dieser Ideen und Projekte verwiesen, die etwa folgende Kategorien der imaginierten Groß-Reiche erkennen läßt:

- historisch-restitutiv: »Vereinigung des historischen Kosovo«, »Bosnien ist historisch ein Teil Kroatiens«, »Wiederherstellung von Zar Dušans Imperium« usw.;
- ethnisch-integral: »nationale Vereinigung der Albaner«, »alle Serben in einem Land«, »Makedonen sind West-Bulgaren« usw.;
- territorial-transzendental: »Große Idee vom Griechenland der zwei Kontinente und fünf Meere«, »Reich der Heiligen Stefanskronen« usw.

Allein diese Zusammenstellung von Slogans zur Eigenpräsentation verdeutlicht, daß jedes »Groß-Projekt« entweder auf der territorialen Ebene beginnt und erst später ethnische Aspekte ins Auge gefaßt

werden, oder daß man zunächst das eigene Ethnikum in seiner aktuellen territorial-staatlichen Streusiedlung betrachtet und dann die Grenzen des gewünschten Groß-Reichs entsprechend ausweitet. In beiden Fällen wird die historische Legitimation bedarfsgerecht stilisiert: Territorial angelegte Projekte berufen sich auf historische Besitzstände (»albanische Vilajets im Osmanischen Imperium«) oder historische Vorleistungen in exponierter geographischer Lage (»Kroatien als antemurale Christianitatis«). Die ethnische Rechtfertigung von Groß-Projekten bindet die Besitzstandswahrung an eine in den Uranfängen der Geschichte einsetzende Präsenz des eigenen Volkes, was »Fremdvölkische« automatisch zu neuzeitlichen Eindringlingen, Okkupanten, Kolonisten etc. stempelt, die es aus dem eigenen »Lebensraum« zu vertreiben gilt.

Die solchermaßen markierten Besitzstände und Verdienste werden in einer weiteren Phase terminologisch so stilisiert, daß sie »politisch korrekt« in die internationale Debatte eingebracht werden können: »Selbstbestimmungsrecht«, »regionale Stabilisierung« und ähnliches mehr. Diese terminologische Apologie ist mittlerweile so ausgefeilt, daß man hinter der »politisch korrekten« Form der Forderungen oftmals nicht deren destruktiven, aggressiven Charakter auszumachen vermag. Die Aggressivität besteht indessen seit langem und verstärkt sich aus erkannter historischer Erfolglosigkeit und uneingestandener Gegensätzlichkeit zu aktuellen Werteinteressen der internationalen Gemeinschaft: Geographie kann man nicht ändern, Nachbarn nicht austauschen, Beziehungen müssen geregelt werden, wobei der Verlauf alter oder neuer Grenzen keine Rolle spielen darf.<sup>146</sup>

Jede Politik im Zeichen von Groß-Projekten erweist sich als Widerspruch zu und Negation von allen Trends der Gegenwart. Der Haupttrend ist die »globalized economy«, die ihrerseits auf der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen beruht. Wettbewerbsfähigkeit (competitiveness) ist wiederum nur ein Sammelbegriff für alle Eigenschaften und Vorkehrungen, die eine Region aufweisen muß, um mithalten zu können: Sozio- und infrastrukturelle Bedingungen, die regionalen Gegebenheiten und internationalen Erfordernissen entsprechen; Bildungsinstitutionen, die zu innovativen Strategien für heimische Märkte in überstaatlicher

<sup>146</sup> Ulrich Schneckener, Regulierung ethnischer Konflikte in Südosteuropa – Die Politik der Anerkennung, in: Internationale Politik, 54 (September 1999) 9 (Ethnische Konflikte), [www.dgap.org/IP/jip9909/schneckener.htm](http://www.dgap.org/IP/jip9909/schneckener.htm).

»competitiveness« befähigen; flexible Disponibilität der Beschäftigten für variierende ökonomische Optionen; Partnerschaftsmodelle für regionale Administration und detaillierte Entscheidungsfindung; Kommunikationsformen für Information und überregionalen Austausch.<sup>147</sup>

Konzepte und Ideologie von Groß-Projekten widersetzen sich der international empfundenen Notwendigkeit zu Ausgleich und Kooperation. Ihre spezifische Gefährlichkeit liegt zudem darin, daß sie ein eventuell pragmatisch ausgeglichenes Verhältnis zwischen »Wohnstaat« und »Patronagestaat« laufend stören.<sup>148</sup>

In der Spätphase Milošević ging es den Serben in der bosnischen Republika Srpska erheblich besser als denen in Serbien, aber durch ständig neue groß-serbische Emissäre (Nikola Poplašen u.a.) konnte der bescheidene Wohlstand nicht für einen politischen Ausgleich genutzt werden.

Dieses Problem könnte durch Verträge aus der Welt geschafft werden, in denen Basis und Entwicklungsmöglichkeiten des bilateralen Verhältnisses festgeschrieben sind (Grundlagenverträge), sofern sie nicht immer wieder propagandistisch unterlaufen werden. Ungarn unterhält solche Verträge mit der Slowakei (1995) und Rumänien (1996), sorgt durch gelegentliche groß-ungarische »Rückfälle« aber dafür, daß bei seinen Nachbarn alte Ängste neue Nahrung bekommen.

Im Inneren jedes Landes könnte ein umfassender Minderheitenschutz für eine Befriedung sorgen – unter der Bedingung, daß der Schutz real ist und international kontrolliert wird. Serbien hatte unter Milošević völlig ausreichende Bestimmungen für Minderheiten in seiner Verfassung, denen indessen die politische Wirklichkeit Hohn sprach. Im Januar 2000 wurde in Kroatien das Tudjman-Regime durch Wahlen beseitigt, aber die Rückkehr der von Tudjman vertriebenen Hunderttausenden Serben hat noch kaum begonnen.

In diesem verwirrenden Umfeld kann sich die internationale Gemeinschaft nur orientieren, wenn sie eine strikte Vermeidung doppelter Standards praktiziert – um einen Fehler wie den von Dayton künftig zu vermeiden, als man nur die engste bosnische Umgebung in die Pflicht nahm, die

Hauptkriegsschuldigen in Belgrad und Zagreb aber ohne jede Auflage davonkommen ließ.<sup>149</sup>

Ein erster Schritt zur ausgewogenen Klarheit läge auch in einer Disziplinierung der politischen Sprache: Es ist zum Beispiel absolut kontraproduktiv, erfahrungsgemäß sogar konfliktfördernd, wenn immer wieder vom »ungeklärten Status des Kosovo« gesprochen wird. Dieser Status war nie ungeklärt und ist es auch nicht: Laut UN-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999 bekommt das Kosovo »eine substantielle Autonomie« und verbleibt bei Jugoslawien.<sup>150</sup>

Autonomie sollte man so gestalten, daß etwaige Großstaat-Illusionen dadurch verblassen, ja verschwinden, daß ihre Träger sich in einem autonom regierten Teilterritorium von der Kompliziertheit praktischer Politik überzeugen und das Interesse verlieren, mit größeren Territorien noch größere Probleme zu bekommen. Wenn eine politische Gegenwart in einem bisherigen Konfliktgebiet so strukturiert wird, daß politische Autonomie, Minderheitenschutz, interethnisches »power sharing« usw. möglichst im Höchstmaß kombiniert werden,<sup>151</sup> dann sollte doch erlebter Gemeinnutz einen baldigen Sieg über erträumte Groß-Reiche davontreiben. Noch ist der Balkan eine »Kampfzone« (fighting region), und schon die bloße verbale Präsenz von Groß-Projekten verdeutlicht diesen Grundmakel. Um eine »Lernzone« (learning region) zu werden, muß der Balkan eine dynamische Entwicklung auf lokalem und regionalem Niveau erreichen, also einen koordinierten Kurs gemeinsamer »Visionen, Strategien, Ziele, Absichten, Aktionen und Kooperationen« verfolgen, wobei die Strategien die Region insgesamt angehen, die Aktionen sich aber nach Kommunen und Teilregionen unterscheiden. Teilregionen sind hinsichtlich ihrer ethnischen Komposition, natürlichen Gegebenheiten, sozioökonomischen »(dis)advantages« verschieden, und diese Unterschiede sind dort, wo solches überhaupt möglich ist, nach Maßgabe regionaler ökonomischer und sozialer Kohäsion zu überwinden. Wer mit wem zu welchem Zweck eine Partnerschaft eingeht, ist auf zahllosen Wegen vorstellbar: Es geht darum, gemeinsame Risiken zu minimieren, und das wird leichter möglich sein, wenn man überlebte Werte, Gewohnheiten, Technologien, Entscheidungsfindungen, Programmentwürfe ablegt und sich

**147** Detailliert dazu F. M. Zimmermann/S. Janschitz (Hg.), *Regional Policies in Europa – Key Opportunities for Regions in 21st Century*, Graz 2001.

**148** *Schneckener*, Regulierung ethnischer Konflikte [wie Fn. 146].

**149** Ebd.

**150** Wortlaut der Resolution in: Erich Reiter (Hg.), *Der Krieg um das Kosovo 1998/99*, Mainz 2000, S. 222–228.

**151** *Schneckener*, Regulierung ethnischer Konflikte [wie Fn. 146].

bemüht, zu Lösungen zu gelangen, von denen alle Beteiligten Nutzen haben (win-win situations). Anders gesagt: Wenn Groß-Projekte überhaupt einen Sinn haben, dann nur den eines »schlechten Beispiels«, vor dessen Hintergrund sich kontrastiv Wege und Formen zu friedlicher Kooperation ablesen lassen.

## Abkürzungen

HDZ	Hrvatska Demokratska Zajednica (Kroatisch-Demokratische Gemeinschaft)
KFOR	Kosovo Force
LKÇK	Levizja Kombetare per Çlirimin e Kosovës (Nationale Bewegung für die Befreiung Kosovos)
NDH	Nezavisna Država Hrvatska (Unabhängiger Staat Kroatien)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PDSR	Partidul Democrației Sociale din România (Sozialdemokratische Partei Rumäniens)
PRM	Partidul România Mare (Partei Groß-Rumänien)
SANU	Srpska Akademija Nauka i Umetnosti (Serbische Akademie der Künste und Wissenschaften)
SHS	Kraljevina Srba, Hrvata i Slovenaca (Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen)
SRS	Srpska Radikalna Stranka (Radikale Partei Serbiens)
UÇK	Ushtrisë Çlirimtare të Kosovës (Kosovo-Befreiungs- armee)
UN	United Nations
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo